

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.95 und 0.80 Beleggebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifenband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Reklame 30 Pf. Beilagen unter 25 a je tausend 15 Pf. Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfachkonto Hannover 67377.

Nr. 159.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Sonnabend, den 11. Juli 1931.

13. Jahrgang.

Der Patriotismus besteht nicht in dem Haß gegen andere Völker, sondern in der Liebe zum eigenen.

Rosegger.

Die deutschen Beamten und ihre Not.

Ein Beitrag zur Erkenntnis und zum Verständnis.

Von Dr. Karl Siegmund Baron von Galéra.

Keine Verbindung ist inniger und wechselseitiger als die zwischen Staat und Beamtentum. Der Staat braucht Beamte, um durch sie seinen Willen ausführen zu lassen, die Beamten aber sind wirtschaftlich vom Staat abhängig, ohne dessen Bezahlung ihre Existenz unmöglich wäre. Ganz früher, im Zeitalter der Naturalwirtschaft, waren diese Beziehungen wesentlich lockerer. Damals geschah die Bezahlung durch Sachwerte, indem die Landesherren ihre Beamten für die Dienste, die sie leisteten, mit Grund und Boden belehnten. Heute geschieht die Bezahlung mit Geld, und von ihm sind sowohl der Staat wie seine Beamten abhängig.

Manch wechselvolles Schicksal traf die deutschen Beamten im Laufe der letzten 15 Jahre. Aber das eine hat sich gezeigt: daß der verhältnismäßig kleine Kreis der Beamten — mit ihren Familienangehörigen machen sie den zwanzigsten Teil unseres Volkes aus — doch eine wesentliche wirtschaftliche Bedeutung besitzt. Diese entfaltete sich so recht erst nach der Inflation. Denn nach der Einführung der Goldwährung ließ sich dreierlei erkennen: erstens hatten die Beamten durch die Geldentwertung sämtliches vorher noch vorhandenes Vermögen verloren und waren von nun an, um leben zu können, ausschließlich von ihrem Staatseinkommen abhängig. Zweitens aber hatten die meisten Beamten in der regellosen Inflation, Milliarden- und Billionenwirtschaft das Wirtschaften mit kleinen Summen völlig verlernt, während sie durch die vorhergegangene Notzeit auch von der primitivsten Lebensnotwendigkeit wie Kleidung, Wäsche, Wohnungseinrichtung, so gut wie entblößt waren. Schließlich aber galt der Beamte von allen wirtschaftlichen Existenzen als die solideste, denn in einer Zeit allgemeiner wirtschaftlicher Unsicherheit und Zusammenbrüche war er durch ein regelmäßiges, festes und sicheres Einkommen versorgt. Das verschaffte ihm in den Augen der Wirtschaft eine besondere Kreditwürdigkeit.

Nun trat aber etwas ein, was den meisten Beamten zum Verhängnis wurde. Die im Dezember 1923 durchgeführte Neuverteilung der Besoldung in Goldmark reduzierte die Gehälter auf die Hälfte der zuletzt in Billionen Papiermark gezahlten! Dadurch sank das Einkommen der Beamten nicht nur plötzlich auf die Hälfte der bisherigen, sondern auch auf Zweidrittel bis Dreiviertel der Vorkriegsbesoldung. Der Grund für diese Maßnahme war darin zu suchen, daß die Landesregierungen selbst mit größter Not zu kämpfen hatten. Der preussische Justizminister Am Zehnhoff gestand am 21. März 1924 im Preussischen Landtag: „Nach der Ansicht des Finanzreferats bestand für die Zeit bis Ende März die unmittelbare Gefahr eines Zusammenbruchs der Staatsfinanzen.“ Zum erstenmal wurden die Gehälter am 1. April 1924 um durchschnittlich ein Achtel erhöht. Schon am 1. Juni 1924 gab es eine neue Steigerung, die aber vor allem den höheren Gruppen zugute kam. Infolge dieser Neuordnung wuchs z. B. das Gehalt der Gruppe 5 um ein Drittel gegenüber dem Stand vom 16. Dezember 1923, das der Gruppe 10 aber um vier Fünftel, während sich das Gehalt der Gruppe 13 fast verdoppelte. Eine weitere Erhöhung brachte der 15. November 1924, die im Durchschnitt ein Fünftel des Standes vom Dezember 1923 ausmachte, doch so, daß die unteren Gruppen um ein Viertel, die mittleren und oberen nur um ein Sechstel stiegen.

So war 1924 etappenweise eine Angleichung der Beamtengehälter an die allgemeine Wirtschaftslage durchgeführt. Eine letzte Erhöhung erfolgte bei gleichzeitiger Neueinstufung der Gruppen im Dezember 1927. Eine Regulierung des Mißverhältnisses zwischen unteren und oberen Gruppen fand infolgedessen statt, als durch die Neuordnung fast sämtliche Gehälter den zweieinhalbfachen Stand vom Dezember 1923 erreichten. Damit waren die Beamtengehälter in sehr vielen Fällen auf der doppelten Höhe der Vorkriegszeit angekommen.

Aber das Schicksalsjahr der deutschen Beamtenschaft war doch 1924. Damals gerieten z. T. infolge der unzureichenden Gehälter viele Kreise in eine Verschuldung, aus der sie bis heute, sieben Jahre bereits, keinen Aus-

weg gefunden haben. So war es doch: Man hatte bisher mit gewaltigen Zahlen gerechnet und konnte sich nur schwer in die kleinen Zahlen zurückfinden, und diese kleinen Zahlen genügt schon an sich, um nach dem Zusammenbruch der Vermögen einen erträglichen Lebensstandard festzustellen. Nun war es besonders verhängnisvoll, daß unter diesen Umständen die produktive Wirtschaft gegen die Beamten außerordentlich zuvorkommend war und ihnen wegen ihres sicheren Einkommens massenhaft Waren auf Kredit, auf Abzahlung verkaufte. Die Ratenvirtschaft blühte, neben Nötigem wurde auch viel Unnötiges angeschafft und von Monat zu Monat wurde die Spanne zwischen dem, was der Beamte verdiente, und dem, was er zu bezahlen hatte, größer und unerträglich.

Als die Beamten über ihre wachsenden Ratenzahlungen den Ueberblick zu verlieren drohten, entschlossen sie sich vielfach, die Abzahlungsschulden abzudecken durch einen größeren Bankkredit, der bereitwillig gewährt wurde. Doch nun kamen zur Kapitalschuld noch die Zinsen, die in den ersten Jahren nach der Inflation recht beträchtlich waren, zeitweise 5—6 v. H. im Monat betrugen. Noch schlimmer erging es denen, die private Darlehen suchten und in die Hände von Bucherern gerieten. So wurden die Beamten noch tiefer und hoffnungsloser in die Schuldwirtschaft verstrickt. Dann trat vielleicht der Fall ein, daß ein Sohn studierte, oder eine Tochter ausgestattet wurde, wodurch die Bankschuld weiter wuchs. Das Dienstseinkommen, auf das der Beamte ausschließlich angewiesen war, stand in gar keinem Verhältnis mehr zu seinen Aufwendungen. Die Entwicklung nahm eine so bedrohliche Wendung, daß Graf Westarp am 21. Oktober 1927 im Reichstag erklärte, die Verschuldung in vielen Teilen der Beamtenschaft gefährde geradezu das Staatsinteresse!

Nun muß man hier allerdings eine Einschränkung machen: nicht alle Beamtengruppen wurden in gleicher Weise von dem Mißgeschick betroffen. Die höchsten Gruppen bezogen ein immerhin ausreichendes Gehalt, bezogen waren sie bei den späteren Erhöhungen leichter in der Lage, ihre Schulden zu tilgen, denn schon die unverhältnismäßig größere Steigerung der oberen Gehälter im Vergleich zu den unteren 1924 ließ ein Bedürfnis dafür in der Tilgung aufgenommenen Schulden erkennen. Die unteren Gruppen hingegen genossen keineswegs den weitgehenden Kredit der Banken und Abzahlungsgeschäfte: sie konnten nur das kaufen, was sie bezahlen konnten. So blieb also die Last der Schulden hauptsächlich bei den Gruppen 7—12 (nach alter Zählung) hängen und wuchs laminenhaft, je länger sie mitgeschleppt wurde. Noch viel ungünstiger gestaltete sich die Lage

derjenigen Beamten, die aus den Abtretungs- und Besetzungsgebieten ausgewiesen wurden; sie verloren meist noch den größten Teil ihres Besitzes, wofür sie nur unzureichend entschädigt wurden.

Die Gesamtaufwendungen für die Beamten des Reiches, der Länder und der Gemeinden betragen heute etwa sechs Milliarden Mark, die Gesamtverschuldung der Beamtenschaft ist auf eine Milliarde zu veranschlagen. In Gruppe 7—12 (siehe oben) ist jeder Beamte durchschnittlich mit einem Drittel bis zur Hälfte seines Gehaltes verschuldet.

Diese Not des Beamtentums ist eine Erklärung, wenn auch keine Entschuldigung für viele zweifelhafte Erscheinungen. Der Beamte, der weiß, daß er mit seinem „festen Einkommen“ nur unter größten Entbehrungen seiner Schulden Herr werden kann, sucht unwillkürlich nach anderen Möglichkeiten, seine Einnahmen zu erhöhen. Weniger gefestigte Charaktere greifen zu unerlaubten Manipulationen, die mit Sicherheit zur Katastrophe führen müssen. Sie sind der Bestechlichkeit zugänglich, begehen Unterschlagungen und Veruntreuungen. Die ehrlichen Leute suchen sich auf ehrliche Weise neue Hilfsquellen durch einen „Nebenverdienst“ zu erschließen. Gewiß ist in der Zeit allgemeiner Wirtschaftsnot und Erwerbslosigkeit wie der heutigen der Doppelverdiener keine gern gesehene Erscheinung, aber man soll gerecht sein: es ist keine Sackgasse, die manchen Beamten bestimmt, nach seiner Arbeitszeit noch andere Arbeiten zu verrichten, sondern er muß um seine Schulden froh sein!

Die Beamten des deutschen Volkes stehen heute nicht günstiger da als andere Wirtschaftsgruppen. Nur das „feste“ Einkommen sichert viele vor dem offenen Zusammenbruch. Vermögensbildung ist nur in einigen wenigen Spitzkategorien möglich. Die Masse, die durch die Inflation ihre Vermögen verloren hat, seufzt heute unter ihrer Schuldenlast. Eine Verschärfung der Lage bedeutet unzweifelhaft der sechsprozentige Gehaltsabzug, aber er entspricht der allgemeinen Verschärfung der deutschen Not. Das Interesse der historischen Warhaftigkeit zwingt mich, ein Problem zu erörtern, das allzu häufig verzerrt und entstellt wird. Ich bin kein Beamter und glaube deshalb, objektiv zu sein, wenn ich mich auf Grund umfassenden Tatsachenmaterials bemühe, die Not des Standes zu verstehen. Ich kenne viele erschütternde Beamtenschicksale und weiß, daß mancher redliche Mann nur aus dem Bewußtsein treuer Pflichterfüllung gegenüber Staat und Familie seine Kraft zieht, sein Los zu ertragen. Aber auch der Einblick in die Lage des Beamtentums zeigt uns, wie unendlich wichtig es ist, daß Deutschland wieder wirtschaftlich frei wird!

Christentum und Politik.

Eine notwendige Sinnbedeutung

von Hermann Leitz.

Klare Begriffe! Es ist erstaunlich, wie verbreitet die Fähigkeit ist, mit unklaren Begriffen zu operieren! Wieviel Torheiten werden doch in der Welt geredet, geschrieben, gedruckt, angehört und geglaubt — einfach deshalb, weil so wenig Menschen fähig sind zum Erfassen klarer Begriffe. Man redet und streitet über tausend Dinge ohne sich auch nur im geringsten über ihr Wesen klar zu sein. Mehr denken! Mehr schweigen! Neben ist Silber, Schweigen ist Gold.“ Im Jahrhundert der Schnelldrucke und der parlamentarischen Welschwäger gewinnt dieses alte Sprichwort von der silbernen Rede und dem goldenen Schweigen erhöhtes Verble!

Klare Begriffe! Welche Begriffsverwirrung bietet der Artikel des S. v. H. „Politik und Christentum“ in Nr. 152 dar! Je größer und erhabener die Dinge sind, über die wir reden, desto empfindlicher muß unsere Seele um klare Begriffe ringen. So richtig das Wort ist: „Die Wahrheit wird euch frei machen“, so richtig ist seine Umkehrung: „Unwahrheit macht unfrei.“

Was ist Christentum? S. v. H. erklärt: „Christentum ist ein Ideal.“ Deswegen paßt es nicht in die Politik. Politik hat es mit der Wirklichkeit zu tun. „Ideal und Wirklichkeit aber stehen als ewiger Gegensatz einander gegenüber.“ Also: Politik und Christentum schließen einander aus. Sie können nicht in Verbindung, erst recht nicht in Übereinstimmung gebracht werden. Die mit der Wirklichkeit und menschlichen Unvollkommenheit rechnende Politik bedingt eigene Mittel und Maßstäbe, die sich schlechterdings mit Christentum nicht verträ-

gen. Zudem ist dem Christentum eine durch seine Wirklichkeitsferne Art gegebene „Eigigkeit des Bewegungskeldes“ eigen. Alle Versuche, Christentum und Politik einander näher zu bringen, sind darum verfehlt und irrig, am irrigsten ist die „Gründung einer christlichen Partei“. „Als richtig dagegen erscheint eine Parteiform, bei der das Christentum einen wesentlichen Punkt des Programmes ausmacht.“

Ich denke nun nicht daran, die unschwer erkennbare parteipolitische Einstellung des Herrn v. H. zu kritisieren, denn ich bin innerlich an keine Partei gebunden und erwarte von keiner einzigen das Heil unseres Volkes. In Parteiangelegenheiten muß jeder für sich selbst urteilen. Er muß aber zusehen, daß er seine Seele nicht verliert an seine Partei, gleichgültig, ob es eine „christliche“ oder „unchristliche“ Partei ist. Er muß versuchen, sich klar zu werden, aus welchen Gründen er seine Partei gewählt hat, aus persönlichen Interessen oder aus Liebe zum ganzen Volk! — Es geht um die große Frage:

Was ist Christentum? Stimmt die S. v. H.'sche Erklärung, auf die er seine Beweisführungen aufbaut, nach der Christentum ein Ideal ist? Was ist ein Ideal? Es ist ein Muster und Vorbild, ein in der Regel von gewöhnlichen Sterblichen unerreichbares Hochziel, eine seltene oder einmalige höchste Vollendung, ein erstrebenswerter, jedoch kaum realisierbarer Vollkommenheitszustand. Ein Ideal ist der Inbegriff des Fehlerlosen und Reinen. Ein Ideal ist ein in den Wolken schwebendes

Sehnuchtsbild, nach dem die Menschen vergeblich ihre Hände austrecken. Menschen, die dennoch hoffen, es zu erlangen, nennt man Idealisten.

Nein, Christentum ist kein Ideal, kein eingebildetes, erträumtes, nie erreichbares Ding! Nein, Christen sind keine Idealisten, die mit eigener Kraft ein sternfernes, nie erreichbares Ziel verfolgen. Christentum ist unendlich mehr, wesentlich etwas anderes und Christen sind Menschen, die mit beiden Füßen auf der Erde und mit ihrem ganzen Sein in der absoluten Wirklichkeit stehen.

Das ist Christentum: Leben aus Gott, dem Vater, dem Sohn und dem heiligen Geist. Christentum ist neue Kreatur, ist Wiedergeburt, ist Gotteskraft, ist Freiheit und Wahrheit, ist Licht der Welt, Salz der Erde, Gericht über die Sünde, Macht über Dämonen, Zeugnis für Christus, — Christus in uns! Das ist Christentum: Bewegung von Christus her, Menschen- und Weltumgestaltung, Heil für alles Unheil, Wirken und Herrschaft des heiligen Geistes. Christentum ist Wille zu allem Guten, Wahren, Weisen, Schönen, Gefunden. Es ist Mächtigkeit in Schwachheit, ist Leben und Sterben in Christus, ist weltüberwindender Glaube, lebendige, fröhliche Hoffnung, grenzenlose, vollkommene Liebe. Christentum ist Nachfolge Jesu, und Nachfolge Jesu ist Friedensstiftung, Heilverköndung, nach dem Reich Gottes trachten, Recht schaffen den Elenden und Unterdrückten, sich herunterhalten zu den Niedrigen, der Heiligung nachjagen, ist Wohltun und Mitteilen, ist Gesinnung wie Jesus auch war. Christentum ist Versöhnung mit Gott, ist ewiges Leben, ist tägliches Sterben und Auferstehen, ist Freude und Wandel im Geist. Christentum ist die Art Jesu Christi, das Glauben an den Unsichtbaren als sähe man ihn, ist Gehorsam bis in den Tod, ist Bereitsein und Warten auf den wiederkehrenden Herrn. Wo der Geist des Herrn ist, — da ist Christentum! Wo Christus Gestalt gewinnt, in Wort und Werk und allem Wesen, wo man schreit: „Ich glaube, lieber Herr, hilf meinem Unglauben!“ wo Christi Wille wächst und der Eigenwille abnimmt, wo einer an seine Brust schlägt und flucht: „Gott, sei mir Sünder gnädig“, wo einer seinem Bruder vergibt, siebzehnmal, wo einer nicht schilt, da er gescholten ward, wo einer Böses mit Gutem vergilt, wo einer nicht neidet, nicht prahlt, nicht das Seine sucht, sich nicht erbittern läßt, sich der Wahrheit freut, alles erträgt, alles glaubet, alles hofft, alles duldet, wo einer das ewige Leben in sich hat durch den Glauben an den Sohn ohne des Gesetzes Werke, wo einer von Herzen betet: „Vater im Himmel, Dein Name werde geheiligt, Dein Reich komme, Dein Wille geschehe“ — also ist Christentum. Was Christus wirkt, ist Christentum, nicht, was wir mit „christlichem Mantelchen“ behängen, nicht, was man oft in den verschiedenen politischen und kirchlichen Parteien so nennt. Wer etwas anderes für Christentum hält, der irrt.

„Gehet hin in alle Welt!“ „Siehe, ich sende euch wie Schafe mitten unter die Wölfe!“ Christentum ist Weltmission, ist Arbeit in der Welt, für die Welt, zum Heil der Welt, aber nicht von der Welt. Christentum hat es mit den letzten menschlichen, göttlichen, irdischen und himmlischen Wirklichkeiten zu tun! Christentum ist Errettung aus Unvollkommenheit, Sünde und Tod. Christentum ist das Eine, was der Welt mit samt ihrer Wirtschaft und Politik nützt.

Aber: Christentum ist nicht Christenheit! Um der Christenheit willen wird das Christentum gelästert unter den Leuten! Die Christenheit gefällt sich im „Schein

eines gottseligen Wesens, aber dessen Kraft verleugnet sie.“ Der ganze Christenheit gilt Christi Wort: „Was nennt ihr mich Herr und Meister und tut doch nicht, was ich euch gebiete?“ —

Und dennoch: Trotz der Christenheit ist Christentum in der Welt als Licht und Salz zu ihrem Heil. Wir sehen seine Herrlichkeit, aber die Welt nimmt sie nicht an. Die Jünger sind nicht über den Meister. Hat man ihn verworfen, so wird man auch sie verworfen. Noch immer und jetzt erst recht ist das Evangelium „den Griechen und Weltklugen eine Torheit, den Juden ein Vergeris“. Wo einer will Gottes Willen tun, der wird inne werden, wo Christentum ist. —

Was ist Politik? Nach S. v. S. ist sie „die Beschäftigung mit der Wirklichkeit“. „Sie muß rechnen mit der menschlichen Unvollkommenheit und ihre Mittel nach ihr richten.“ D. h. z. B.: während „vom Standpunkt des Christentums aus der Krieg zu verwerfen ist“, war der gute Christ und Politiker Bismarck genötigt, „sich des Krieges als Mittel zur Erreichung seiner politischen Ziele zu bedienen“. Während eine „wesentliche Forderung des Christentums die Wahrhaftigkeit ist“, hat die Diplomatie die Kunst zu meistern, hinter Worten die eigentlichen Absichten zu verbergen.“

Ja, wenn man Politik so auffaßt, wenn man das Staatskunst nennt, wenn man diese „Wirklichkeit“ anerkennt — dann hat Christentum mit Politik absolut nichts zu tun! Dann wäre es ein „Grundirrtum“, Christentum und Politik in Übereinstimmung bringen zu wollen.“

Aber, wer hat es mehr mit der Wirklichkeit zu tun, als Christus und Christentum? „Er wußte — wie keiner sonst —, was im Menschen ist.“ Er ist zur Höhe gefahren und hat den Menschen Gaben gegeben „zur Vollendung der Heiligen, zum Werke des Amtes, zur Erbauung des Leibes Christi.“ Er war so sehr besorgt um das Wohl des Volkes, daß er sich keine Ruhe gönnte Tag und Nacht. —

Was ist Politik? Politik ist die Kunst und Aufgabe der Ordnung und Regelung des nationalen und internationalen Lebens. Christentum ist Leben aus Gott, dem ewigen Ordner und Gesetzgeber der Welt. „Reines Christentum“ und reine Politik haben dasselbe Ziel: Ordnung und Regelung des menschlichen Lebens auf dem Boden der Wahrheit und Gerechtigkeit. Es ist also ein „Grundirrtum“, Christentum und Politik von vornherein als „ewige Gegenfätze“ hinzustellen.

Zu Jahr 1923 las ich irgendwo einen Aufsatz von G. J. Haberl, in dem standen die Sätze: „Was ist denn das, ein Politiker? Doch ein Mensch, der um das gemeine Wohl nicht weniger besorgt ist als um das eigene; und wenn einer das nicht ist, wie kann er auf den Christennamen Anspruch machen? War etwa Jesus kein Politiker? Wäre er es nicht gewesen mit seiner ganzen Kraft, erbarmungswohl, eifrig und ingrimmig, kein Mensch hätte ihm etwas zuleide getan. Daß er aber hingegen war an das gemeine Wohl, ja, daß er sich als Herr und Gebieter seines Volkes und sämtlicher Völker behauptete, darum allein wurde er gehenkt.“ ... Warum sind denn die Christen durch die ersten dreihundert Jahre immer wieder grausam verfolgt worden? Weil sie Politiker waren, die den Zusammenbruch des Kaiserreiches voraussehen und das Christusreich erwarteten.“ ... „Auch da, wo sich die Christusleute ganz von der Welt abgesondert hielten, auch da haben sie Politik geübt, indem sie auf ihre Weise gegen die Mächthaber und Wortführer ihrer Zeit (stark) Einspruch erhoben.“ ... Poli-

stischen Kreisen, als sich herausstellte, wie groß die Zahl der Evangelischen im Erzstift war. Vor allen Dingen mußte man nun erst einmal feststellen, welche weiteren Kreise von der Bewegung ergriffen waren. Zu diesem Zwecke schickte der Erzbischof unverzüglich Kommissionen ins Gebirge, die unter der Flagge austraten, die Beschwerden der Evangelischen prüfen zu wollen. Diese Kommissionen kamen im Juli 1731 in den verschiedenen Bezirken an. Ihr Erscheinen war der äußere Anlaß, der die Evangelischen zu dem Schritt zwang, der als der größte, entscheidendste in jener Zeit zu bezeichnen ist. Sie erklärten frei und öffentlich, evangelisch zu sein. Sie lösten sich von der Papialkirche, sie traten aus der Gemeinschaft aus, die durch das oberste Haupt ihres Staates, den Erzbischof an der Salza, zusammengehalten wurde. Damit brachen diese Leute selbst den Stab über sich und ihr bisheriges Leben. Welsch wird von ihnen erzählt, daß sie sich selber der Heuchelei anklagten, weil sie Jahrzehnte katholisch schienen und evangelisch waren. Einer ihrer wertvollsten Führer, Joseph Schaitberger aus Dürnberg, der schon am Ende des 17. Jahrhunderts ausgetrieben worden war, hatte sie in seinen Schriften wieder und wieder ermahnt, von ihrer Heuchelei zu lassen und es zu wagen, frei und öffentlich mit ihrem Glauben hervortreten, koste es, was es wolle. Was ihm nicht gelungen war, was in zwei Jahrzehnten immerwährend der Verfolgungen, Nötigungen nicht geschehen war, das geschah am Jakobitage 1731: ein Volk bekannte sich angesichts einer grausamen Regierung zu seiner Ueberzeugung, zu seinem Gergensglauben! Nicht die Leiden und Nöte, die die Auswanderer nachher zu überstehen hatten, nicht die Grausamkeiten, die eine unmenschliche Regierung sich ihnen gegenüber zuschulden kommen ließ, nicht die Hochherzigkeit fremder Fürsten und Regierungen sind der Höhepunkt in der Geschichte der Evangelischen Salzburger, sondern der Augenblick, wo sich diese Leute frei und öffentlich als evangelisch bekannten, wo es für sie zur bewußten, glaubensstarken Tat wurde, was Luther in seinem Schutz und Truthe 200 Jahre vorher gesungen hatte: „Nehmen sie den Leib, Gut, Ehre und Weib, laß fahren dahin.“

„Nehmen sie den Leib, Gut, Ehre und Weib, laß fahren dahin.“ (Fortsetzung folgt.)

tik ist ein unbequemes Geschäft, wo sie recht geübt wird; aber wer des Christus ist, der muß sich darauf einlassen.“ „Unser Staatswesen wird nicht bestehen, wenn nicht Leute darin zu Wort kommen, welche die Heiligkeit des Gesetzes Gottes und die Königshoheit des Sohnes Gottes laut und unerschrocken bekennen.“

Um die gleiche Zeit schrieb D. Jaeger im „Aufwärts“:

„Du bist vor Gott mitverantwortlich dafür, ob Zucht und Sitte herrscht in der Zeitung, im Film, im Schauspiel, im Vergnügen; oder Unzucht und Unsitte. Du bist mitverantwortlich dafür, daß die Ehe heilig gehalten wird, daß die christliche Familie gedeihen kann, daß ihr eine Wohnung gegeben wird, die Luft und Licht hat — und wenn das Bodenrecht geändert werden müßte. Du bist mitverantwortlich dafür, daß Leib und Seele unseres Volkes rein und gesund erhalten und nicht verwirrt wird von Rauschtrank und gewerbmäßiger Unzucht. Du mußt gegen beides den Kampf aufnehmen, nicht nur von Mund zu Mund, sondern auch den Kampf der Gesetzgebung.“

Und Christian Morgenstern spricht:

„Allen Bruder sein,
Allen helfen, dienen,
ist, seit ER erschienen,
Ziel allein.“

Fassen wir diese Zeugnisse und Erkenntnisse zusammen, so läßt sich sagen: „Ein Christ muß Politiker sein und kann gar nicht anders.“

Allerdings: Die von S. v. S. gekennzeichnete Politik „verträgt sich“ nicht mit Christentum. Weder das Treiben der üblichen Parteipolitik noch die diplomatische Hinterhältigkeit der sog. „hohen Politik“. Aber gerade all diese „menschlichen Unvollkommenheit und Wirklichkeit gegenüber“ entzieht für den politischen Christen die Pflicht des lauten, rücksichtslosen Protestes. Da macht er nicht mit. Da schafft er entgegen. Wenn er sich anders verhält, ist er kein Christ. Wir haben keine andere Berufung in dieser Welt, als Christen zu sein. Politisch handeln kann für Christen nur heißen: Im Sinn und Geist Christi handeln. Vielleicht zwingt etliche ihr politisches Verantwortungsbewußtsein, innerhalb des parlamentarischen Systems nach einer Möglichkeit zu suchen, in Form einer sog. „christlichen Partei“ alle die zu vereinigen, denen es nicht geht um Partei, Stand, Dünkelhaftigkeit (auch unter Christen soll es derlei geben!), Hofart und Geschäft, sondern allein um „Gottes Herrschaft im öffentlichen Leben“. Eine solche „christliche Partei“, wenn sie wahrhaft christlich sein will, wird dann peinlich darauf zu achten haben, daß sie nicht wie andere Parteien — und wie selbst christliche Kreise — ins Schlepptau von Staats-, Wirtschafts- oder Klassenmächten kommt! —

„Auf die Frage: wie kann ich zugleich in der Welt und in Gott sein? antwortet das Evangelium Jesu: indem Du in der Welt lebst und wirkst als einer, der anders ist als die Welt... Damit sind die Brücken des gewöhnlichen logischen Denkens abgebrochen. Der Weg führt in das Land der Naivität, der Paradoxie. Aber wir gehen ihn entschlossen und zuversichtlich. Wir halten an der absolut und tief lebendig ethischen Religion fest, als an dem einen, was uns not tut — In dem, was an dem Christentum nicht erscheint, liegt seine Tiefe.“ (Dr. Albert Schweitzer in „Das Christentum und die Weltreligionen“, S. 50 f.).

Dem denket nach! —

Nehmen sie den Leib, Gut,

Ehre, Kind und Weib — — —

(Fortsetzung.)

Es ist ganz klar, daß von Anfang an die Regierung eines rein kirchlichen Staates gegen diese ihr entgegenstehende Bewegung energig Stellung nehmen und Maßnahmen ergreifen mußte. Aber die waren in jenen ersten Zeiten nur zu oft halbe, die nicht durchgriffen. Man gab sich mit manchen äußeren Scheinerfolgen zufrieden. Gelang es besonders geschickten Pflägern der einzelnen Kreise, die Verordnungen so zuzuschneiden, daß sie sich dem Volkscharakter gut anpaßten, dann hatten sie wohl auch einigen Erfolg. kamen besonders grausame Verordnungen wie etwa die Festsetzung der Termine zur Auswanderung mitten im Winter, so bewirkten auch diese oft ein Nachgeben. Aber eine wirkliche Stillelegung oder gar Ausrottung der evangelischen Bewegung war nie geschehen. Im Geheimen wuchs sie und hatte zahlreiche Anhänger. Freilich wurden die nach und nach recht geschickt, ihre innerste Ueberzeugung zu verbergen. Sie behaupteten, wenn auch nur sehr selten, die katholischen Gottesdienste. Es kam sogar vor, daß der eine oder andere der Messe beiwohnte. Ihre Andachtsbücher und Schriften versteckten sie sorgfältig vor fremden Augen. Die Versammlungen der Evangelischen waren meist ganz geheim, an irgend einem versteckten Platz im Freien, in einer Schutzhütte oder sonst irgendwo, wo sie niemand vermutete. Sogenannte Prediger lasen aus der Heiligen Schrift und aus den Erbauungsbüchern vor. Als später, in schlimmen Verfolgungszeiten, besonders nach solchen gesucht wurde, die lesen konnten, leugneten viele diese Kenntnis, weil sie fürchteten, als Prediger oder Leiter der Versammlungen besonders schwer bestraft zu werden. Neun Erzbischöfe führten Kampf gegen die Evangelischen, aber erst dem letzten, dem Erzbischof Firmian, ist es gelungen, 200 Jahre nach dem ersten Eindringen lutherischer Lehren und Gedanken, die evangelische Kirche in Salzburg wirklich zum Tode zu bringen.

Die Verfolgungen der Evangelischen nahmen einen völlig anderen Charakter an, als unter der Regierung dieses Erzbischofs die Jesuiten ins Land kamen, um die Gegenreformation in die Hand zu nehmen. Diese Leute

1,6 Milliarden

Der Präsi-
ist von Berlin
getroffen. Wie
einer Reise, d
aktion für Deu
port, Washing
Nachrichten
Welt mit der
einen umfang
und daß die B
sie in dieser N

Neuport i
bilde mit H
das Deutschla
Dollars zur Be
griff! Aber da
soll, eher der
gen aus Lond
einem Kredit
400 Millionen
Kredit von et
erregt in fran
Frankreich all
eines Garanti
Mittelung ge
esse, das die f
Kreditaktion fi
in Frankreich
schlechte Lage
werden und se
hat, dann ist
tisches Mandat
allen Umständen
will, teuer

Anzwichen
für die Konf
Konferenz, die
stattfinden soll
den, findet all
englische Bren
son in Berlin
schönen Wun
des französisch
früheren Terr
kurzen Zusich
laß zu ergin

Deshalb f
der Hooverpla
ist tatsächlich
Das geht schor
Reichspräsident
sidenten Hoover

Aber wer
wird er wohl

Fran

Vorhoff gegen
liche Katsch

Der „Dai
partei, also de
servative „Lin
was Deutschla
um politische
zeitliche Zus
mehr aber die
vermuten, daß
Auswärtigen
gegeben haben

Wenn a
„Daily heral
nen und der
wirtschaftl
das Hooverja
werde eine
wenigen Ar
zu leisten, un

Das Bla
Beiträge ger
Engländer ha
von Deutschl
wählten Pa
wahr, daß d
und ebeno
in seiner M
Monate weie

Zum Be
Abrüstung g
schen Regieru
an den neue
gehoben we
trag zu den
Zuficherung
durchgeführt
des europäis

Es ist e
Deutschland
das freundl
könnte.“

In ähnl
„freundliche
zur Romföli
des deutschen
höheren p
Wert des ge
würde die ge
licher Anpas
ausüben: de

Dr. Luther in London.

1,6 Milliarden-Kredit in Aussicht? — Vorbereitung der Sachverständigenkonferenz.

— London, 10. Juli.

Der Präsident der Deutschen Reichsbank, Dr. Luther, ist von Berlin kommend mit dem Flugzeug in London eingetroffen. Wie verlautet, ist London nur die erste Etappe einer Reise, die mit einer neuen internationalen Kreditaktion für Deutschland in Zusammenhang steht. Aus New York, Washington und Paris liegen bereits eine Reihe von Nachrichten vor, die besagen, daß die Finanzzentren der Welt mit der Frage beschäftigt sind, Deutschland durch einen umfangreichen Kredit über die Krise hinwegzuhelfen und daß die Bürgschaftsgemeinschaft der deutschen Industrie in dieser Richtung bestärkt hat.

New York berichtet, die International Acceptance-Bank bilde mit Hilfe englischer Banken ein Finanzkonsortium, das Deutschland einen Kredit von 200 bis 400 Millionen Dollar zur Verfügung stellen werde. Das ist ein weiterer Beleg dafür, daß die Kreditsumme, die Deutschland erhalten soll, eher der letzten Ziffer gleichkommt, zeigen die Meldungen aus London und Paris. In London rechnet man mit einem Kredit von 1,6 Milliarden Mark, das wären also 400 Millionen Dollar. Auch Frankreich spricht von einem Kredit von etwa anderthalb Milliarden Mark. Aufsehen erregt in französischen Finanzkreisen, daß die Bank von Frankreich allen französischen Großbanken von der Bildung eines Garantiefonds für die deutschen Wirtschaftsmittel Mitteilung gemacht hat. Daraus erkennt man das Interesse, das die französische Notenbank daran hat, sich an der Kreditaktion für Deutschland zu beteiligen. Wenn trotzdem in Frankreich auch jetzt noch gegenseitig Gerüchte über die schlechte Lage gewisser deutscher Großbanken ausgestreut werden und sogar die Havas-Agentur daran teilgenommen hat, dann ist das nur ein — allerdings unerhörtes — taktisches Manöver, um Deutschland die Hilfe, die es unter allen Umständen erhalten muß und die man auch gewähren will, teuer zu verkaufen.

Inzwischen werden in London alle Vorbereitungen für die Konferenz der Sachverständigen getroffen. Diese Konferenz, die ursprünglich Anfang der nächsten Woche stattfinden sollte, ist nun für den 17. Juli anberaumt worden, findet also gerade am dem Tage statt, an dem der englische Premierminister und der Außenminister Henderson in Berlin eintreffen. Die Verzögerung ist auf französischen Wunsch zurückzuführen. Frankreich wollte wegen des französischen Nationalfeiertages am 14. Juli keinen früheren Termin. Politische Gründe also sind für diesen kurzen Aufschub der Konferenz nicht maßgebend, und Anlaß zu irgendwelcher Nervosität besteht nicht.

Deshalb sind auch die Gedanken darüber überflüssig, ob der Hooverplan nun eigentlich in Kraft sei oder nicht. Er ist faktisch in Kraft! Darüber gibt es keine Streitfrage. Das geht schon aus der unwiderprochenen Feststellung des Reichspräsidenten in seinem Danktelegramm an den Präsidenten Hoover hervor.

Aber wenn noch der leiseste Zweifel bestehen sollte, so wird er wohl durch die Havas-Erklärung aus der Welt gehen.

Französisches aus England.

Vorstoß gegen Panzerkreuzer und Zollunion! — Befremdliche Ratschläge der „Times“ und des „Daily Herald“.

— London, 10. Juli.

Der „Daily Herald“, das Blatt der englischen Arbeiterpartei, also das Organ der Regierungspartei, und die konservative „Times“, glauben die Frage erörtern zu müssen, was Deutschland während des Schuldenjahres tun kann, um politische Fortschritte in Europa zu ermöglichen. Das zeitliche Zusammenfallen dieser Veröffentlichungen, noch mehr aber die inhaltliche Übereinstimmung der Artikel, läßt vermuten, daß beide Blätter auf einen Wink vom britischen Auswärtigen Amt sich zu ihren Darlegungen veranlaßt gesehen haben.

Wenn am Ende des Hooverjahres, so schreibt der „Daily Herald“, Klarheit über die Zukunft der Reparationen und der Kriegsschulden geschaffen und vor allem ein wirklicher Fortschritt zur Abrüstung getan sei, dann werde das Hooverjahr fruchtbringend gewesen sein. Andernfalls werde eine verzweifelte Lage entstehen. Bei dieser notwendigen Arbeit habe jede Nation ihren eigenen Beitrag zu leisten, und zwar „in großzügigem Geiste“.

Das Blatt fährt fort: „Die Gläubigermächte haben ihre Beiträge genau so zu leisten, wie Deutschland. Kein Engländer hat auch nur für einen Augenblick daran gedacht, von Deutschland einen politischen Preis für den ihm gewährten Beistand zu verlangen. Immerhin ist es wahr, daß die Welt Deutschland zu Hilfe gekommen ist, und ebenso wahr ist es, daß es Deutschland, wenn es will, in seiner Macht hat, der Welt während der nächsten 12 Monate wesentlich zu helfen.“

Zum Beispiel könnte es keinen glücklicheren Beitrag zur Abrüstung geben als eine plötzliche Mitteilung der deutschen Regierung, daß angesichts der Finanzlage alle Arbeit an den neuen Schlachtschiffen bis nach der Konferenz aufgeschoben werden solle. Es könnte keinen glücklicheren Beitrag zu den wirtschaftlichen Erörterungen geben als eine Zusage, daß der Plan der Zollunion nicht sofort durchgeführt, sondern in Verbindung mit der ganzen Frage des europäischen Wiederaufbaues erwogen wird.

Es ist weder unsere Aufgabe, noch unsere Absicht, Deutschland so zu sagen, was es tun solle. Aber wir haben das freundschaftliche Recht, ihm klarzulegen, was es tun könnte.“

In ähnlichem Sinne gibt die „Times“ Deutschland die „freundliche Anregung“, die Gelegenheit zu ergreifen, um zur Konsolidierung Europas beizutragen. Die Einstellung des deutschen Schiffbauprogramms würde einen wesentlichen höheren psychologischen Wert haben, als je der praktische Wert des gebauten Kreuzers sein könnte. In ähnlicher Weise würde die zeitweise Unterbrechung des Problems wirtschaftlicher Anpassung an Österreich „die glückliche Wirkung“ ausüben: denn der beobachtete Anstieg wird tatsächlich

schaft, daß Frankreich unverzüglich der B. Z. Z. d. h. bis spätestens zum 14. Juli, alle notwendigen Anweisungen für die Durchführung der Pariser Vereinbarungen zum Hooverplan einreichen will. Die Londoner Konferenz hat sich ja nur mit technischen Fragen zu beschäftigen, also mit der Durchführung des Plans in seinen Einzelwirkungen auf die zwischen den Staaten geschlossenen und auf gewisse Privatverträge (Sachlieferungen).

Wer Deutschland auf der Sachverständigenkonferenz vertreten wird, steht endgültig noch nicht fest, doch rechnet man damit, daß die Reichsregierung die Referenten der zuständigen Ministerien — d. h. das Auswärtige Amt, das Finanz- und Wirtschaftsministerium — nach London entsenden wird. Ein Mitglied des Reichskabinetts wird an den Verhandlungen jedoch nicht teilnehmen.

Amerikas Vertreter wird Botschaftsrat Harriner von der Botschaft der Vereinigten Staaten in Paris.

Dr. Luther in Paris.

— Paris, 10. Juli. Reichsbankpräsident Dr. Luther traf am Donnerstag, kurz nach 23.15 Uhr von London kommend in Paris ein. Beim Eintreffen des Zuges wurde der Gouverneur der Bank von England, den man allgemein in Begleitung des Reichsbankpräsidenten vermutete, von keiner Seite bemerkt.

Gibson amerikanischer Beobachter.

— Washington, 10. Juli. Hoover bestimmte den Botschafter Gibson als Vertreter Amerikas am Sachverständigenkomitee zur Ausarbeitung der Einzelheiten des Rotatoriumsplans. Da man bisher mit der Entsendung eines Botschafters von der Pariser Botschaft gerechnet hat, zeigt die Ernennung Gibsons, daß Präsident Hoover der Sachverständigenkonferenz erhöhte Bedeutung beizulegen scheint.

Zusammenkunft Hugenberg—Hitler.

Die nationale Opposition kündigt dem heutigen System den Kampf an.

— Berlin, 10. Juli.

In Berlin trafen Vertreter der rechtsgerichteten Opposition zu einer Sonderbesprechung zusammen, an der Dr. Hugenberg und Adolf Hitler teilnahmen. In dem über die Tagung ausgegebenen kurzen Communiqué, das den Charakter einer Kampfanzeige trägt, heißt es, daß der Versuch der derzeitigen Machthaber, die Erfüllungspolitik unter verschleierte neuen Formen auch weiterhin aufrecht zu erhalten, zu einem heftigen, ernstem Entschluß führte. Die nationale Opposition werde den Entscheidungskampf zur Niederrückung des heutigen Systems einleiten und durchführen.

In einigen Ländern als feindliche Bewegung gegen den Paneuropa-Plan Briand betrachtet. Deutschland habe die Chance, durch „einfache Aufschübung“ zu zeigen, daß es willens ist, eine Familie europäischer Nationen zu gründen, die bereit ist, in Zeiten der Not sich gegenseitig zu helfen.

Diese sehr befremdlichen Äußerungen der beiden englischen Zeitungen müssen den Anschein erwecken, als sei England darauf aus, sich plötzlich die von Frankreich propagierten Forderungen zu eigen zu machen. Man glaube doch nicht, daß eine „Familie der europäischen Nationen“ jemals dadurch gegründet werden kann, daß das einzige abgerüstete Land der größten Rüstungsmacht noch mehr Konzessionen macht! Das würde nur die europäische Ungleichheit verewigen und zugleich jede Befriedung verhindern. Denn das deutsche Volk erstrebt nicht nur materielle Wohlfahrt; es erstrebt auch Freiheit und Gleichberechtigung.

Sondernotverordnung in Baden.

5-prozentige Gehaltskürzung der Landes- und Gemeindebeamten.

— Karlsruhe, 9. Juli. Am Donnerstagmittag beschloß das badische Kabinett einstimmig den Erlass eines besonderen Notgesetzes für Baden, das neben anderen einschneidenden Sparmaßnahmen zur Deckung des 19 Millionen betragenden Fehlbetrages eine allgemeine 5-prozentige Gehaltskürzung der Beamten des Landes und der Gemeinden bringt.

Akkordlohn im Donezgebiet.

Rasche Durchführung der neuen Wirtschaftspolitik Russlands.

— Moskau, 10. Juli.

Stalin und der Vorsitzende des Obersten Volkswirtschaftsrates der Sowjetunion haben in Ausführung der vor kurzem proklamierten neuen Wirtschaftsgrundsätze einen Aufruf an die Partei- und die Wirtschafts- und Gewerkschaftsorganisationen des Donezbeckens über die Aufgaben der Kohlenindustrie im Donezbecken gerichtet. Im Laufe von zwei Monaten soll mit der Gleichheit der Arbeitslöhne ausgeräumt und spätestens am 1. September 85 bis 90 Prozent der Untertagearbeiter sowie mindestens 70 Prozent der übrigen Arbeiter auf Akkordlohn umgestellt werden.

Die Japanflieger notgelandet.

— New York, 9. Juli. Trotz mehrfach erfolgter Brennstoffübernahme in der Luft mußten die beiden amerikanischen Flieger Robbins und Jones, die nach Tokio fliegen wollten, am 16.50 Uhr MEZ infolge Gasolinmangels bei Stadt Salomon (Alaska) notlanden.

Die Tat der Tausend.

— Berlin, 10. Juli.

Die Bildung eines Garantiefonds: durch tausend der größten Unternehmen der deutschen Industrie, der Schiffahrt, des Handels und des Bankwesens kann für die wirtschaftliche Wiedergeburt Deutschlands von größter Bedeutung werden. Mit Recht nannte der amerikanische Unterstaatssekretär Castle diese spontane Aktion der deutschen Wirtschaft ein sehr erfreuliches Zeichen, und ebenso geht die in New York erscheinende „Evening Post“ nicht fehl, wenn sie in der Ueberrahme einer Ausfallbürgschaft durch die führenden Werte einen Beweis für Deutschlands Siegeswillen erblickt.

Und in der Tat ist nicht daran zu zweifeln, daß Deutschland auch in der Not der Gegenwart seiner Schwierigkeiten Herr werden wird, wenn wir uns auf unsere eigene Kraft besinnen und Energie aufbringen, um diese Kraft rechtzeitig und restlos einzusetzen!

Praktisch bedeutet die Bildung dieses Garantiefonds eine bedeutende Erweiterung des Aktionskreises der Golddiskontbank, eines Tochterunternehmens der Reichsbank, die sich bisher der Finanzierung der Ausfuhr widmete. Mit einer Ausfallbürgschaft in Höhe von 500 Millionen Mark durch erstklassige Unternehmen ausgestattet, ist die Golddiskontbank in die Lage versetzt worden, dem ausländischen Geldgeber größte Sicherheiten zu bieten und der deutschen Wirtschaft andererseits Anleihen zu günstigen Bedingungen zu verschaffen.

Daß die tausend größten Werke sich zu dieser Aktion einer vorbildlichen Selbsthilfe und echten Solidarität bereit gefunden haben, ist als eine Vertrauens- und Gebung zu werten, die, wenn ihre Motive richtig gewürdigt werden, eine belebende Wirkung ausüben muß. Daß eine derartige Maßnahme als notwendig empfunden werden konnte, hängt mit einer Reihe von Umständen zusammen, über die einige Worte gesagt werden müssen.

In erster Linie sind hier die Tribute zu nennen. Der Versuch Deutschlands, nach dem Raub der Kolonien, der Flotte und der Grenzprovinzen auch noch die ihm auferlegten gewaltigen Milliardenzahlungen zu leisten, hat zu einer verärgerten Inanspruchnahme ausländischer Gelder geführt. Wurden in den ersten Jahren langfristige Anleihen nach Deutschland hineingepumpt, dann wurde uns die ausländische Finanzhilfe in der letzten Zeit vorwiegend in Form kurzfristiger Kredite gewährt. Das ging eine ganze Weile gut, und so hätten wir uns wahrscheinlich auch weiterhin über die Gefährlichkeit dieses Weges getäuscht, wenn nicht plötzlich mit der Zuspitzung der deutschen Lage das Ausland die Kredite massenweise wieder abgezogen hätte. Diese Gewaltsamkeit, in einem der kritischsten Augenblicke vorgekommen, hat natürlich die Lage der deutschen Wirtschaft noch weiter kompliziert. Es bestand in den letzten Wochen die Gefahr, daß diese Massenabberufung ausländischer Guthaben zu Störungen in selbst bestimmbaren Unternehmen führte.

Wahrscheinlich würde bereits das Eingreifen des Präsidenten der Vereinigten Staaten genügt haben, einen Umschwung herbeizuführen, wenn nur auch die französische Regierung der neuen Geistesrichtung mehr Rechnung getragen haben würde. Statt dessen aber erweckte das Gefühl, Frankreichs neue Besorgnisse, zumal es mit der Inflation des Hooverplans noch nicht getan ist, sondern jetzt alles darauf ankommt, in dieser Atempause größere Entscheidungen zu treffen.

In gewissen ausländischen Kreisen dürfte das Mißtrauen gegen Deutschland ferner noch durch die Schwierigkeiten genährt worden sein, in die vor einigen Wochen die österreichische Credit-Anstalt geraten ist und die sich neuerdings bei der Norddeutschen Wollkammerei und Kammergarnspinnerei, des größten europäischen Wollkonzerns, ergeben haben. Aber derartige Katastrophen hat es im Auf und Ab der Konjunktur auch schon im Ausland häufig genug gegeben, als daß solche Vorgänge verallgemeinert und zu einem Generalmißtrauen Veranlassung geben könnten. Entscheidend ist vielmehr der Status der Gesamtwirtschaft, und der hatte sich durch die Auswirkung der furchtbaren Tributverpflichtungen schlecht genug gestaltet.

Für die Zukunft ist es von Bedeutung, daß die Zuspitzung der Lage endlich das Ausland zur Selbstbestimmung geführt, gleichzeitig aber auch in Deutschland Kräfte der Abwehr in einer Stärke wachgerufen hat, die zu dem besten Hoffnungen berechtigt. Selbstverständlich sind wir damit noch nicht über den Berg. Auch neue Auslandsgelder bringen uns nur eine Atempause; die endgültige Rettung dagegen ist abhängig von der inneren Sanierung durch Abstriche und die Neubildung von Eigenkapital. Aber im Augenblick, in dem wir uns befinden, kommt es gar nicht darauf an, daß sofort alle Schwierigkeiten behoben werden, ausschlaggebend ist vielmehr, daß endlich alle Kräfte der Abwehr mobil gemacht werden. Und in Beachtung dieser Erfordernisse ist die Bürgschaft der Tausend eine Tat.

Auflösung abgelehnt.

Mit 229 gegen 190 Stimmen. — Abstimmungen im Preussischen Landtag.

— Berlin, 9. Juli.

Der Preussische Landtag erledigte in seiner Donnerstag-Sitzung zahlreiche Abstimmungen. Mit großer Spannung sah man dabei dem Abstimmungskampf über den durch das Stahlhelm-Volksbegehren auf Auflösung des Preussischen Landtags gestellten Antrag entgegen. Die Abstimmung der Stimmen ergab die Ablehnung der Auflösung mit 229 gegen 190 Stimmen. Die Abgeordneten der Oppositionsparteien beantworteten dieses Ergebnis mit stürmischen Zwischenrufen.

Für die Auflösung haben gestimmt: 70 Deutschnationalen, 40 Kommunisten, 33 Volksparteier, 16 Wirtschaftsparteier, 16 Landvolk-Abgeordnete, 6 Nationalsozialisten, 4 Christlich-Soziale und 5 weitere Abgeordnete; gegen die Auflösung: 135 Sozialdemokraten, 70 Zentrums-Abgeordnete, 21 Staatspartei, 2 Volksrechtsparteier, 1 Parteiloser. Die fünf Abgeordneten der Deutsch-Hannoverschen Partei haben sich an der Abstimmung nicht beteiligt.

Im weiteren Verlauf der Abstimmungen wurde der kommunistische Antrag auf Genehmigung der Spartakiade gegen die Antragsteller abgelehnt. Ferner wurde mit 227 gegen 165 Stimmen ein deutscher nationaler Antrag abgelehnt, den Polizeipräsidenten von Berlin wegen der zuerst erteilten Genehmigung der Spartakiade seines Amtes zu entheben.

Die Große Anfrage der Deutschnationalen über das Verbot des Hörberichts vom Breslauer Stahlhelmtag wurde

für erledigt erklärt, nachdem ein deutschnationaler Antrag auf Ausschuhüberweisung abgelehnt worden war. Endgültig verabschiedet wurden die Siedlungsgeetze.

Annahme fanden eine Reihe von Anträgen des Handelsausschusses. Danach wird die Regierung u. a. ersucht, unermäßig auf das Reichsministerium einzuwirken, daß bei Fortführung der Verhandlungen über den sogenannten Schenker-Vertrag die Interessen der Privatwirtschaft gewahrt werden. Bei der Reichsregierung soll ferner auf eine

Änderung des Pensionsfürsorge-Gesetzes dahin hingewirkt werden, daß bei Pensions- und Bartgeldempfängern ein Einkommen aus Arbeit zur Hälfte anzurechnen ist. Die Genehmigung zum Nebenerwerb solle Beamten grundsätzlich verweigert werden. In der Stilllegungsverordnung soll die Anmeldefrist für die Stilllegung von Betrieben von vier Wochen auf drei Monate verlängert werden.

Auch ein Antrag des Rechtsausschusses wird angenommen, der die Einbeziehung der Inassen der Erziehungs- und Strafanstalten in die Unfall- und Invalidenversicherung fordert.

Genehmigt wurde der Bericht des Krolloper-Untersuchungsausschusses. Der

Staatsvertrag mit der Volksbühne-Berlin. Der anlässlich der Schließung der Krolloper der Volksbühne eine Entschädigung in Höhe von 1,9 Millionen Mark zugesichert wurde mit 227 gegen zwei Stimmen angenommen. Die Opposition hatte an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Angenommen wurde weiter der Entschädigungsantrag des Hauptausschusses, der der Stadt Breslau für die Erhaltung ihres Theaters bewilligte Summe von 150 000 Mark außerplanmäßig zur Verfügung zu stellen.

Eine kurze Debatte entspann sich über das Notstandsprogramm für den Oberharz. Der Ausschuh Antrag mit dem Notstandsprogramm für den Oberharz wurde angenommen.

Annahme findet auch der Ausschuh Antrag, der die Regierung ersucht, mit den staatlichen Meliorationsbeihilfen für 1931 nicht hinter denjenigen Beträgen zurückzubleiben, die von den Provinzen zum gleichen Zweck in ihre Haushaltspläne für 1931 eingestellt worden sind.

Zum Schluß beschäftigte sich das Haus mit Anträgen zu Gunsten der Erwerbslosen und vertagte sich auf Freitag.

Zuspitzung in Italien?

Rundschreiben des faschistischen Generalsekretärs. — Kündigung des Kontrats.

Der Konflikt zwischen der italienischen Regierung und dem Vatikan spitzt sich von Tag zu Tag mehr zu. Der Generalsekretär der faschistischen Partei, Ciano, hat an alle Unterstaatssekretäre folgendes Rundschreiben gerichtet: „Nach Anweisung des Chefs der Regierung und Führers des Faschismus ist die gleichzeitige Zugehörigkeit zur faschistischen Partei und der Mitgliedschaft einer Organisation, die im Zusammenhang mit der katholischen Aktion steht, verboten.“ In der faschistischen Presse wird die Kündigung des Kontratsvertrags zwischen dem Vatikan und dem Staat gefordert.

Die „edle Geste“.

Grandi feiert Hoover und Stimson.

— Rom, 9. Juli. Außenminister Grandi, der den amerikanischen Pressevertretern am Donnerstag ein Frühstück gab, hielt bei dieser Gelegenheit eine Ansprache, in der er erklärte, Italien habe die Ankunft Stimsons sehr gefeiert. Er sehe in Stimson nicht nur einen treuen Friedensfreund, sondern auch einen der weitsichtigsten Staatsmänner. Stimsons Aufenthalt in Europa sei ein wichtiges Ereignis und die edle Geste, Hoovers sei bestimmt, ein denkwürdiges Ereignis für alle Völker zu bleiben. Es sei der erste konkrete Schritt für den Wiederaufbau nicht nur der Wirtschaft, sondern auch für den geistigen und den politischen Wiederaufbau der Welt. Für alle Nationen sei der Augenblick gekommen, sich nicht mehr als Feinde untereinander zu betrachten, sondern als Verbündete zu einem gemeinsamen Friedenswerk. Das sei der Weg, den das faschistische Italien verfolge und den Mussolini eindeutig der italienischen Politik vorgezeichnet habe. Die Vereinigten

Staaten und Italien ständen auf derselben Linie und arbeiten an der Verwirklichung des gleichen Zweckes. Hoover habe das erste große Wort gesprochen, jetzt sei es an allen Völkern, loyal und aufrichtig auf demselben Pfad weiter zu marschieren. Die neue Diplomatie fordere Aufrichtigkeit, Feinfühligkeit, Vernunft und Idealismus.

Auf die Worte Grandis antwortete der amerikanische Botschafter im Namen der Pressevertreter. Er stimmte den Worten Grandis zu und trank auf die Zusammenarbeit und die Freundschaft zwischen Italien und Amerika.

Bei dem Besuch Stimsons bei Grandi hatten die Staatsmänner eine einstündige und bei dem Gegenbesuch eine zweistündige Unterredung. Auch die Unterredung zwischen Mussolini und Stimson dauerte etwa eine Stunde.

Hoovers Antwort an Hindenburg.

— Washington, 9. Juli. Am Donnerstagabend hat Präsident Hoover ein Antworttelegramm an den Reichspräsidenten v. Hindenburg auf dessen Danktelegramm für den Moratoriumsvorschlag übersandt. Präsident Hoover drückt dabei die Hoffnung aus, daß sein Vorschlag den Wohlstand unter den Völkern fördern möge.

Einladung an Amerika.

Zur Teilnahme an der Abrüstungskonferenz.

Die Regierung der Vereinigten Staaten erhielt eine Einladung des Völkerbundes, an der Abrüstungskonferenz in Genf im Februar nächsten Jahres teilzunehmen. Nach Beratungen in Regierungskreisen wird dem Völkerbund in den nächsten Tagen mitgeteilt werden, daß Amerika die Einladung gern annehme.

Neue Zusammenstöße auf Korea

Chinesisches Konsulat von Koreanern zerstört. — 500 Tote und Verwundete.

— Peking, 10. Juli. Nach chinesischen Meldungen, die allerdings noch der Bestätigung bedürfen, haben die Koreaner erneut das chinesische Konsulat in Seoul angegriffen, es geplündert und schließlich zerstört. 500 Chinesen, die im Konsulat Zuflucht gesucht hatten, wurden teils getötet, teils verwundet. Der chinesische Generalkonsul flüchtete in die Geschäftsräume des japanischen Generalgouverneurs.

Orkan über Dänemark.

Zehn Schiffe gestrandet. — Schwere Verwüstungen in Schleswig-Holstein.

— Hamburg, 10. Juli. Ein heftiger, von schweren Wolkenbrüchen begleiteter Orkan richtete in verschiedenen Teilen Dänemarks große Verwüstungen an. Auf der Insel Volland wurden die Dächer von vielen Häusern gerissen. An den Küstenstrecken strandeten insgesamt zehn Schiffe, darunter die deutsche Bugus-Motorjacht „Minna“ aus Hamburg, die in der Nähe von Süb-Seeland an Land getrieben wurde. Die Insassen wurden gerettet. Bei Røst strandete eine deutsche Galeasse. Die Besatzung blieb an Bord; zu ihrer Rettung wurde ein Bergungsdampfer entsandt. In vielen Hafenstädten überflutete das Meer die Straßen und Regen ganze Stadtteile. Der Sachschaden ist beträchtlich. Menschenleben gingen nicht verloren.

Ebenso gingen auch über Hamburg und Schleswig-Holstein schwere Unwetter hinweg. In Hamburg stürzte im Verlauf des Unwetters die gesamte Vorderfront eines Hauses ein. Da Feuerwehr und Baupolizei sofort eingriffen, konnte eine Panik vermieden werden. In der Hamburger Marsch sind in den Kulturen besonders schwere Verwüstungen angerichtet worden. Bei der Feuerlinie ist großer Schaden entstanden. Die Weizenfelder sind als vernichtet. In Schwarzenberg, Westerröndfeld und Hollen schlug der Blitz in zahlreiche Gebäude ein, die vollständig niederbrannten. Bei Geesthacht fiel das hundertjährige Forsthaus den Flammen zum Opfer. Die Verkehrsverhältnisse litten unter starken Regenschauern und die geringe Sicht anzukämpfen. Ueber den off-

frühen Inseln tobten Sturmböen bis zu 100 Stundenkilometern. Den Flugzeugen nach Nordsee mußte Startverbot erteilt werden.

Vermahlungsquote 97 Prozent.

Vom Reichsernährungsministerium für das ganze Wirtschaftsjahr in Aussicht genommen.

— Berlin, 10. Juli.

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft fanden unter Vorsitz des Reichsministers Dr. Schiele die Besprechungen über die Handhabung des Vermahlungs- und Zwangsgegesetzes im kommenden Wirtschaftsjahr statt. Minister Schiele bezifferte den durchschnittlichen Weizenbedarf einschließlich des Saatgutes auf etwa 4,8 Millionen Tonnen, so daß auch bei einer Weizenenernte von 4,5 bis 4,6 Millionen Tonnen am Schlusse des Erntejahres noch ein Einfuhrbedarf von einigen hunderttausend Tonnen verbleiben dürfte.

Um einer Preisdepression entgegenzuwirken, sei es notwendig, den höchstmöglichen Satz für das gesamte Wirtschaftsjahr als Vermahlungsquote für Inlandsweizen festzusetzen, und zwar 97 Prozent. Sollten sich aus der Höhe der Quote Schwierigkeiten ergeben, namentlich am Schlusse des Wirtschaftsjahres, so wird durch rechtzeitige Maßnahmen dem veränderten Bild der Versorgungslage Rechnung getragen werden.

Zur Ueberwindung eines Saisonbruchs, insbesondere im Herbst, soll ein Weizenexport ermöglicht werden und damit im Zusammenhang ein sich über das ganze Wirtschaftsjahr verteilender Re-Import.

Geburtstagsgruß!

Am 11. Juli feiert ein alter Kämpfer und langjähriger Mitarbeiter von Bethel in der schlesischen Landeshauptstadt seinen 80. Geburtstag — Julius von Pannwitz.

Wir grüßen den lieben Alten zu seinem Ehrentage und wünschen ihm Gottes reichen Segen für diesen Tag und für jeden Tag seiner ferneren Lebensreise! Möchte sich an ihm — auch wenn die Gebrechen des Alters sich immer mehr bemerkbar machen wollen — das Wort erfüllen: „Um den Abend wird es Licht sein.“

Dem alten Soldaten und Feldzugsteilnehmer von 1870/71 und 1914 aber rufen wir ein frohliches „Vorwärts!“ und „Aufwärts!“ zu!

Hinweise.

Die Deutsche Bausparkasse Berlin, deren Beilage und Anzeige in dieser Nummer zu finden sind, können wir empfehlen. Sie wird besonders von christlichen Kreisen bevorzugt, weil an ihrer Spitze Männer stehen, die nicht nur über die notwendigen Sachkenntnisse und Fähigkeiten verfügen, sondern auch als christliche Persönlichkeiten Vertrauen verdienen. Bedeutende Summen hat die Deutsche Bausparkasse Berlin ihren Sparern bereits zur Verfügung stellen können. (Innerhalb 14 Monaten über 7,5 Millionen Reichsmark.)

Unsere Vereine und Mitglieder, denen an einem billigen und unkündbaren Sparverlehn zum Bau, Kauf, zur Entschuldung oder für sonstige Zwecke gelegen ist, finden in ihr eine bewährte Einrichtung.

Kirchennachrichten für Schildesche.

Sonntag, den 12. Juli 1931: 8 Uhr: Frühgottesdienst, Pastor Dahlmann; 9 Uhr: Kinderlehre der Konfirmanden von Pastor Dahlmann; 10 Uhr: Hauptgottesdienst, Pastor Hopmann.

Dienstag, den 14. Juli 1931: 8 1/2 Uhr abends: Bibelfest in Unterhefen.

Waldgottesdienst bei gutem Wetter auf der Waterbör. Am Sonntag, den 12. Juli 1931, vorm. 10 1/2 Uhr: P. Pawlowski.

Kirchennachrichten für Zlon.

Sonntag, den 12. Juli 1931 (6. S. n. Tr.), 8.30 Uhr: Pastor Brandt; 9 Uhr: Pastor Bischoff; 10 Uhr: Pastor Greve. Donnerstag 19.30 Uhr: Pastor Voigt.

Bethel.

Christlicher Verein junger Männer. Freitag 8 1/2 Uhr Bibelfest in Gosen. Jesaja 10, 5 ff. (P. Lic. Schlatter).

— Brille mit Futteral gefunden. Näheres Telefonamt.

Schriftleitung: W. Kros; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. G. Hüttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Ernst Münch, Brackwede

Hauptstraße 81

Moderne Augenoptik

Sonnenschutzbrillen, Barometer, Thermometer

Jungborn Rudolf Jufts Kuranstalt

35 Jahre und Sehschule Jungborn.

35 Jahre und Sehschule Jungborn.

35 Jahre und Sehschule Jungborn.

35 Jahre und Sehschule Jungborn.

35 Jahre und Sehschule Jungborn.

35 Jahre und Sehschule Jungborn.

35 Jahre und Sehschule Jungborn.

35 Jahre und Sehschule Jungborn.

35 Jahre und Sehschule Jungborn.

35 Jahre und Sehschule Jungborn.

35 Jahre und Sehschule Jungborn.

35 Jahre und Sehschule Jungborn.

35 Jahre und Sehschule Jungborn.

35 Jahre und Sehschule Jungborn.

35 Jahre und Sehschule Jungborn.

35 Jahre und Sehschule Jungborn.

Wir suchen für einen unver-

schuldet in Not geratenen

Kaufmann

mit den allerbesten Zeugnissen und Empfehlungen, Anfang 40, verheiratet, irgenbeine Stellung (Buchhalter, Korrespondent, Expedient, Lagerverwalter etc.). Gerade weil wir wissen, daß es ungeheuer schwer ist, für einen sogenannten älteren Angestellten (in den besten Jahren!) einen Arbeitsplatz zu finden, werden wir uns in diesem ganz besonderen Fall an die evang. Öffentlichkeit und hoffen, daß doch sich irgendein evang. Unternehmer findet, der die näheren Zeugnisse bei uns einfordert.

Evang. Landeshilfsdienst, Hannover, Lutherhaus, Eberhard-Str. 3 A.

Geb. Beamten-Ww. sucht

Stelle

als Hausdame in feinem frauen-

losen Haushalt. Offerten unter

A 1721 an die Geschäftsst. d. Bl.

Kleine christliche

Privat-Pension

Otto Roth

Lufkuror Auerbach a. d. B.

Villa, Garten, Sonnige Lage. Liege-

halle, Bürgerl. Küche; Vegetar.

und Rohkost. Bad im Hause.

Preis Mk. 4.—, Mk. 5.—

Unglückliche und Minderbemittelte

Tüchtiges evangelisches

Mädchen

nicht unter 20 Jahren, in allen Küchenarbeiten bewandert, zum sofortigen Eintritt in unser Ferienheim gesucht. Anfangsgeh. 30 RM.

Seilerziehungs- und Pflanzenschule

Schnecken bei Nassau-Land.

Suche für junge gebildete und

tatkräftige Witwe

Stelle

als wirtschaftliche Beiterin in

Heim oder Pension, wohnen sie

ihre 7jährige Tochter mitnehmen

könnte. Angebote erbittet

Else Damzog, Kreisfürsorgerin,

Schnecken, Kirchplatz 1.

Pianos

Harmoniums

erstklassige und solide

Fabrikate.

Mäßige Preise! Bequeme Teil-

zahlung

Elektro-Piano u. Harmonium-Edg.

Otto Stierstadt

Blotfeld, Eilerstraße 17.

Gegr. 1903. Tel. 3787

Mein editor

Tüchtiger Vollekthäse

mit 48/52, Fett i. T. kostet ab heute nur RM

0,90 pro Pfd. Versand erfolgt nur in Post-

kolli mit Nachn. Porto u. Verpackung frei.

Friedrich Stotzka

Dampfmolkerei Jedwillen,

Post Mitzwehen, Tüßler Niederung.

Trinkerrettungsanstalt

Blaukreuzhof

Hamm (Westf.) Land

Gründungszeit 1906

Fernr.: Lentrup 32 Fernamt Hamm

Postcheckkonto: Dortmund 3142

Haus Groß Langenlonsheim

Kloningersmühle, Nähe Bad Kreuznach

finden Sommerfrischler freundliche Aufnahme. Ruhe und Er-

holung ohne Kurtaxe. Pensionspreis 3.50 bis 4 Mk. Prospekt frei.

Wiesbaden Evangelisches Hospiz, Oranienstraße 53.

Zimmer mit und ohne Verpflegung. Mäßige Preise.

Dir und deinen Kindern

eine Heimat

auf eigener Scholle

im schuldenfreien Haus

Deutsche Bausparkasse A.-G.

Berlin W. 8, Unter den Linden 16.

Billige, unkündbare Tilgungsdarlehen zum Bau und Erwerb

von Wohnhäusern, Versammlungs- und Gemeindefhäusern,

zu Erbschafts- und Vermögenszwecken, zur Ablosung teurer Hypotheken

und für andere Zwecke. Unbedingte Sicherheit. Prämi-

freie Lebensversicherung. Sehr günstige Zuteilungsver-

hältnisse. Verlangen Sie kostenlos Prospekt C 54

Für verschiedene Plätze noch vertrauenswürdige Mitarbeiter gesucht!

Uns Deut-

lich in sich

Verantwort-

Tagen, da un-

sehen und w-

land? Kom-

der letzte R-

ja erst zwei

kümmertlich-

nen, noch vo-

zu stehen. O-

die Ursache a-

den Zerfress-

Volk so sehr i-

Bolschismus z-

beschmutzung

lächelnde Br-

tungstrieb! I-

leben seit de-

nur allzu beg-

Bolschismus i-

müder Verze-

neuen Gesche-

Sie ist geko-

Schmutz auf-

Nachkriegsbe-

antwortungs-

los daran vo-

Es wäre a-

auseinanderz-

des Lebens i-

fruchtbarer.

sich christlich

verhalten, bi-

die Stellung

gibt Matth. 6

Mit aller

zwei Linien

gebend sind:

durchaus v-

über völk-

In manch-

blitz die W-

wählten Vol-

aus, in allen

völkische Sch-

Himmel und

mit Seherau-

(6, 3), nenn-

Gesalbten, n-

Ja, Jeremia-

von Babylon

Volk züchtig-

Christus in d-

das Volk M-

Im Neue-

klarer. Was

der Tatsach-

Himmelfahr-

geliebt! . . .

Einem Hirte

nigherrsch-

Ich schon

Gemeinde i-

dieser Geme-

sie das Salz

unter alle V-

sein? Einm-

— wenn Er

durchgeführ-

Der Her-

Samaritaner

über den na-

feines aller-

Weg: Er ist

Welt mit G-

Wie im

bildlich als

sie in Sata-

16, 11; 1. J-

in der Welt

ihre entnom-

zeugen zu k-

Gottes trad-

schenden An-

und Seine

geschehe.

Mit Sch-

meinde zu

die große

verkündet:

rufen sind.

Christentum und Volkstum.

Von Paul Le Gent.

Uns Deutschen fehlt von alters her das Selbstverständnis in sich ruhende Bewußtsein völkischer Würde und Verantwortung. Stammt das noch aus jenen fernen Tagen, da unsere Vorfahren auf ihren einsamen Höfen saßen und wohl eine Heimat kannten, aber kein Vaterland? Kommt es aus unserer Stammeszerissenheit — der letzte Krieg deutscher Stämme gegeneinander liegt ja erst zwei Menschenalter hinter uns — und aus unserer kümmerlichen Kleinstaaterei? Dann könnten wir meinen, noch vor dem Zeitalter starken Deutschbewußtseins zu stehen. Oder liegt irgend etwas in unserem Blut, daß die Ursache all dieser uralten und immer weiter währenden Zerrissenheit ist? Jedenfalls steht kaum ein anderes Volk so sehr in der Gefahr wie wir, die Würde des eigenen Volkstums zu verletzen, sei es durch klägliche Selbstbeschönigung und Liebedienerei nach außen, sei es durch lärmende Prählerie, Minderwertigkeitsgefühl und Geltungstrieb! Daß sich diese Not durch das furchtbare Erleben seit dem August 1914 gefährlich steigern mußte, ist nur allzu begreiflich. Aber, wenn anders es mit unserer Volkskraft nicht ganz am Ende war, mußte der Welle müder Verzweiflung nach ruhigeren Jahren in einem neuen Geschlecht eine Welle völkischen Erwachens folgen. Sie ist gekommen, brausend, überschäumend, manchen Schmutz aufwühlend. Schon hat sie das Gesamtbild des Nachkriegsdeutschland so stark verändert, daß kein verantwortungsbewußtes Glied unseres Volkes gedankenlos daran vorbeigehen darf.

Es wäre eine anregende Aufgabe, sich mit Einzelfragen auseinanderzusetzen. Wenn aber Gottes Wort Richtschnur des Lebens ist, dann gestaltet sich die Aufgabe einfacher und fruchtbarer. Wenn wir in der grundsätzlichen Frage, wie sich christliche und völkische Verantwortung zueinander verhalten, biblische Klarheit gewinnen, dann ergibt sich die Stellungnahme im einzelnen von selbst. Auch hier gilt Matth. 6, 33.

Mit aller Deutlichkeit sehen wir in der Bibel zwei Linien, die gerade in ihrer Zweifelhaltigkeit tragend sind: eine durchaus über völkisch und eine durchaus völkisch bestimmte. Beginnen wir mit der über völkischen Gedankenreihe.

In manchem Wort der Propheten des Alten Bundes blüht die Ahnung auf, daß Gott nicht nur Seinem erwählten Volke, sondern weit über dessen Grenzen hinaus, in allen Völkern Herr ist und Heil will. Wo bleiben völkische Schranken gegenüber dem Wort vom neuen Himmel und der neuen Erde? (Jes. 65, 17.) Jesaja, der mit Sehensaugen alle Lande voll der Ehre Gottes schaut (6, 3), nennt den Heidenkönig Koresch (Cyrus) Gottes Gesalbten, weil Gott durch ihn Sein Volk befreien wird. Ja, Jeremia nennt dreimal Nebukadnezar, den König von Babylon, einen Knecht Gottes, durch den Gott Sein Volk züchtigen wird — so wie dann unser Herr Jesus Christus in dem heidnischen Rom die Heiligkeit Gottes wider das Volk Israel voraussetzt (Matth. 22, 7).

Im Neuen Testament ist die über völkische Linie noch klarer. Was sollen völkische Sonderansprüche angesichts der Tatsachen von Weihnachten, Karfreitag, Ostern, Himmelfahrt und Pfingsten? „Also hat Gott die Welt geliebt! ...“ Jesus harret der Zeit, wo Eine Herde unter Einem Hirten sein wird! Er weiß sich gesandt, Gottes Königsherrschaft zu künden; diese Gotteskönigsherrschaft ist in Ihm schon gekommen und sie ist durch Ihn in Seiner Gemeinde im Kommen. Er betet selbst um die Einheit dieser Gemeinde. Er lehrt sie, das Unferner beten, heißt sie das Salz der Erde und das Licht der Welt, sendet sie unter alle Völker — kann die über völkische Schau klarer sein? Einmal wird ihr die Erdenwirklichkeit entsprechen — wenn Er alle Völker gerichtet und das Reich Gottes durchgeführt haben wird zu ewiger Vollendung.

Der Herr Jesus kann den stolzen Juden Heiden und Samariter als beschämende Vorbilder hinstellen. Gegenüber den nationalen Messias Hoffnungen der Frommen, ja, seines allernächsten Kreises, geht er den ganz anderen Weg: Er ist nicht gesandt, Israel zu befreien, sondern die Welt mit Gott zu versöhnen.

Wie im Alten Testament die Reiche dieser Welt sinnbildlich als Raubtiere bezeichnet werden, so sieht der Herr sie in Satans Gewalt. (Matth. 4, 9; Joh. 12, 31; 14, 30; 16, 11; 1. Joh. 5, 19.) Darum sollen die Seinen äußerlich in der Welt stehen und dienen und leiden, aber innerlich ihr entnommen sein, um ihr so die einzige Rettung bezeugen zu können. Sie sollen am ersten nach dem Reiche Gottes trachten, und das sollen ihre alles andere beherrschenden Anliegen sein, daß Gottes Name geheiligt werde, und Seine Herrschaft komme, und Sein Wille auf Erden geschehe.

Mit Schmerzen hat ein Petrus und mit ihm die Gemeinde zu Jerusalem das lernen müssen, was Paulus als die große Offenbarung, die ihm geschenkt ward, jubelnd verkündet: daß auch die Heiden zum Reiche Gottes berufen sind. Zwischen den pharisäischen Juden — und

Paulus hat einst zu ihnen gehört! — und den Heiden war der schroffste Gegensatz, der überhaupt denkbar ist. Kein rassistischer Arier kann heute den Juden verächtlicher ablehnen, als es damals der Jude gegenüber dem Heiden oder dem Samariter getan hat. (Ein sehr ernstes Nachdenkenswertes Gericht Gottes!) Mit einem Heiden Tischgemeinschaft zu haben, war eine unerträgliche Vorstellung. Aber gar Kultgemeinschaft? Greuel aller Greuel! Und doch wirkt der Geist des lebendigen Gottes in der Gemeinde nicht nur diese Erkenntnis, sondern die Tat: Juden, Samariter und Heiden werden Eins in Christus, Glieder an Einem Leibe, Gäste an Seinem Tisch, Kinder des Einen Vaters. — — —

Dieser über völkischen Linie steht eine andere gegenüber, die durchaus die völkische Verantwortung betont. Auch hier wollen wir mit dem Schöpfungsglauben anfangen. Luther deutet ihn meisterhaft so: „Ich glaube, daß Gott mich geschaffen hat, samt aller Kreatur.“ Das heißt doch, daß Gottes Schöpfungsthat nicht ein einmaliges Ereignis am Anfang der Geschichte ist, sondern das ewige Tun des lebendigen Gottes, das immer neue Wirklichkeit in der Zeit findet, auch in meinem Werden und Sein. Wer diesen Gedanken faßt, erkennt das eigene Dasein als Tat Gottes. Also kann auch die geschichtliche Stelle, die uns angewiesen ist, kein Zufall sein, sondern sie ist Gottes Wille und unsere verantwortliche Aufgabe. Es heiße, nicht an den Schöpfer glauben, wenn man eine unser ganzes Sein innerlich und äußerlich so tief gestaltende Tatsache, wie das Volkstum, nicht als Seinen Willen und Auftrag hinnimmt.

Das Alte Testament ist, von jenen oben angedeuteten Höhepunkten prophetischer Schau abgesehen, voll von durchaus völkisch bestimmter Religion. Hier stehen wir vor dem gewaltigsten Versuch, Volkstum und Religion ganz in eins zu setzen und zu sehen! Wenn es so wäre, daß jedes Wort des Alten den des Neuen Testaments gleichzuachten wäre, daß also etwa Worte eines der Nachep salmen oder des Buches Esther auf derselben Fläche stünden wie die Bergpredigt oder die Abschiedsreden im Johannesevangelium, dann müßten wir allerdings eine sehr ernste Wahl treffen. Die heilige Liebe mit dem Geist jener Nachep salmen zu einen, ist unmöglich.

Wenn wir es aber lernen, das Alte Testament geschichtlich zu lesen, dann sehen wir es in einem ganz anderen Lichte. Es ist durchaus ungerecht, einen Abraham oder einen Jakob mit den Maßstäben der Bergpredigt zu messen. Das ist genau so töricht, als wollte man Hermann dem Befreier einen Vorwurf daraus machen, daß er keine Flugzeuge gebraucht habe, oder als stellte man an einen Tertianerausschlag Ansprüche, die bei einer Doktorarbeit am Platz sind. Das ist ja gerade so unbeschreiblich groß am Alten Testament, daß wir hier sehen, wie Gott erst einzelne Menschen und dann ein Volk in langen Jahrhunderten erzieht, um durch sie der Welt das Heil zu bringen. Wer das erkannt hat, wundert sich nicht darüber, daß z. B. ein David sehr dunkle Flecken auf seiner Schilde hat. Diese Dinge hat er durchaus mit den orientalischen Fürsten seiner Zeit gemeinsam; sie sind nichts Besonderes. Aber daß trotzdem in ihm Tiefen aufspringen und Erkenntnisse reifen, die uns heute noch so viel zu geben vermögen; daß er in seinem menschlich-allgemeinlichen Umfassen, wie er es mit uns allen teilt, dennoch Offenbarungsträger sein konnte, das ist das Erstaunliche, das Wunder Gottes!

Im Alten Testament kämpft die frühe Dämmerung mit der Nacht, und dann bricht die Morgenröte langsam an. Aber die Sonne geht erst in Jesus Christus auf. Daß dieses Buch keine Selbstenmären und Heiligenlegenden kündigt, sondern mit herber Wahrheitstreue die Menschen in ihrer armen Wirklichkeit schildert, ist einer seiner ergreifendsten Wahrheitsbeweise.

Aber auch im Neuen Testament können wir die Linie völkischer Schau klar feststellen. Unser Herr Jesus steht mit erstem Bewußtsein in der Gemeinschaft des Volkes, dem Er durch Seine Geburt angehört. Er ehrt das Gesetz, den Tempel, das Lehrhaus. In Seinen Erdentagen weiß Er Seine Sendung an die Grenzen Seines Volkes gebunden. Er freut sich an Nathanael als an einem „Israeliten ohne Falsch“; Er ringt um die Seele Seines Volkes. In dem, wenn man's so will, am ehesten antijüdischen Teil des Neuen Testaments, dem Johannesevangelium, spricht Er es doch unzweifelhaft klar aus: „Das Heil kommt von den Juden.“ Ja, Er meint über das nahende Schicksal Jerusalems und des Tempels. So lieb hat Er Sein Volk. —

Und Paulus? Kann jemand sein Volk enger lieben als er? Römer 9 am Anfang bezeugt dieser Mann, daß er bereit war, seine Gemeinschaft mit Christus und damit sein Heil zu opfern, wenn Gott dadurch Israel retten könnte!

Worte wie Röm. 13, 1 ff., Titus 3, 1, 1. Petri 2, 13 ff zeigen, wie ernst die Apostel und mit ihnen die Urgemeinde die staatlichen Ordnungen bejaht haben. Es gibt nur eine Grenze der Gehorsamspflicht: man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen (Apg. 4, 19; 5, 29).

Der Herr weiß sich tief gewurzelt in der Geschichte, und Seine Gemeinde folgt Ihm auch darin. Er denkt und empfindet durchaus organisch. Nicht aufzulösen, sondern zu erfüllen ist Seine Sendung. Gott ist der Herr der Geschichte, durch Menschenirren und Menschenschuld hindurch. Darum ist es biblisch gedacht, wenn wir auch, und nicht zuletzt, das Volkstum zu den „anvertrauten Pfunden“ (Matth. 25, 14 ff.) rechnen, über deren Verwaltung wir dem ewigen Richter verantwortlich sind.

Beide Linien leuchten besonders hell auf in den gewaltigen Eingangssätzen des Johannesevangeliums. Durch das „Wort“ sind alle Dinge gemacht, „und ohne daselbige ist nichts gemacht, was gemacht ist“. Damit wird die Welt, ja die gesamte Schöpfung, als Wirkungsbereich des ewigen Christus erkannt. Aber dieses Wort ward Fleisch, und damit tritt es ein in die Menschheitsgeschichte und findet seinen Ort in einem bestimmten Volk, um von hier aus die Welt zu erlösen. — — —

Die Geschichte zeigt, daß sich das Evangelium in diesem Weltzeitalter überhaupt nicht anders auswirken kann, als jeweilig durch ein Volkstum hindurch. Es gibt nicht den Menschen an sich, sondern jeder ist bluthaft und geistig durch das Volkstum bestimmt, aus dem heraus er geboren ist. Was in strahlender Reinheit in Jesus Christus, dem Gottessohn, dem Menschensohn, zu uns gekommen ist, mußte in der Urgemeinde zunächst in die Art des alttestamentlichen Volkstums eingehen. Danach kamen die großen Auseinandersetzungen mit dem griechisch-hellenistischen Geist, mit der römischen Art, mit germanischem Wesen usw. Dadurch wird die menschliche Erfassung der ewigen Wahrheit freilich manchen Trübungen ausgelegt. Martin Luther z. B. hat tiefer als irgendein anderer der germanischen Seele das ewige Evangelium erschlossen, aber auch seine reiche Botschaft ist notwendig einseitig. Darum ist sie etwa den Slaven, oder den Romanen, oder den Mongolen usw. schwer zugänglich. Die volle Erfassung des ganzen Reichums der göttlichen Wahrheit ist keinem einzelnen Volkstum beschieden. Erst in dem Zusammenwirken der vielen wird einmal die Herrlichkeit des Evangeliums voll aufleuchten. Wir stehen ja noch am Vortag, vielleicht am Vorabend des kommenden Weltzeitalters, in dem diese Zukunftsschau herrlichste Gegenwart werden wird. So klingt das Neue Testament aus, und so steht seitdem die Gemeinde: „Komm, Herr Jesu!“

Welche Folgerungen ergeben sich aus dem bisher Festgestellten?

Zuerst: Die über völkische Schau der Bibel macht dem Christen jeglichen Chauvinismus zur Sünde. Wir brauchen hier mit Absicht das Fremdwort, weil es sich um etwas handelt, das nicht nur dem christlichen, sondern auch dem deutschen Wesen nicht entspricht. Das Wort bezeichnet ein prählerisch lärmendes Eintreten für das eigene Volk, das sich in Haß und Heße gegen andere Völker ausstößt. Wer Gott, dem Schöpfer und Herrn der Welt, in Ehrfurcht dienen will, weiß, daß Er auch der anderen Gott ist, daß Seine Vaterliebe ihnen ebenso gilt, und daß völkische Art und Zugehörigkeit zu den vergänglichsten Dingen gehören. Der Christ kann nicht anders, als im Unferner auch für die anderen beten, die denselben Vater anrufen, und er wird in Ehrfurcht auch vor dem stehen, was Gott ihnen in ihrer Sonderart gegeben hat. Wenn ich den Neger oder den Juden, oder wer es sonst sei, als solchen verächtlich mache, so zeige ich meinen Unglauben an den Schöpfergott.

Gerade heute ist diese Gefahr sehr groß. Daß jetzt das Pendel nach der anderen Seite ausschlägt, und der müden Verzweiflung ein wild aufbrausender Nationalismus folgt, ist begreiflich, zumal bei der Jugend. Um so ernster wird allerdings die Verantwortung ihrer Führer. Würde eine nationale Bewegung im Volkstum den letzten Wert künden, so würde sie damit Gott als den Herrn verleugnen. Das würde um so ärger, wenn man etwa Gott als Mittel zur Hebung des Volkes zu mißbrauchen suchte. Solche Gottlosigkeit müßte sich eines Tages furchtbar rächen. Der außerordentliche Ernst etwa der Kriegsschuldfrage, der Tributfrage, der Ostfrage, der jüdischen Frage usw. wird damit nicht übersehen. Aber es gibt keine Hilfe im Gericht Gottes, als die wahrhaftige und rückhaltlose Beugung unter Seinen heiligen Willen. Das bedeutet nicht fatalistisch-mohammedanische Ergebung in ein starres Schicksal, sondern es ist der Weg, auf dem man die Kraft erlangt, das Schicksal zu meistern.

Zum zweiten: Ebenso unbiblisch ist ein Internationalismus, der blind ist für den

Sonderwert und die Sonderaufgaben des eigenen Volkstums. Er ist Unglaube an dem Schöpfer und Unbarmherzigkeit.

Es ist etwas ganz Großes um das Volkstum. Aus tausend Strömen, die in all den Jahrhunderten durch dein Volk geflossen sind, ward das Blut, das jetzt durch deine Adern rinnt, damit du es deinen Kindern und deinen Kindeskindern womöglich weiterreichst; der Boden deines Vaterlandes ist gemischt mit dem Staube deiner Väter und Mütter, genetzt mit dem Schweiß und den Tränen und dem Blut derer, die vor dir durch die langen Zeiten hindurch darauf gearbeitet und gelitten und gekämpft haben; der Geist, der dich gestaltet hat, die Sprache, die du sprichst, die Kultur, die du empfangen hast, — bist du ihr Schöpfer? Das Blut deines Volkes und seine Geistesart, sie kommen aus unergründlichen Tiefen und rauschen durch dich hindurch zu geheimnisvollen Fernen hin, und dazu bist du ihnen als Durchgang gefest, daß sie reiner aus dir quellen mögen, den anderen, den Kommenden zum Segen. Das wird geschehen, wenn du dein Leben, in dem eine kurze Weile hindurch dein Volk Gestaltung findet, in dessen Gehorsam stellst, dem es allein gehört, auf daß Er es heilige zum Dienst. Dann wirst du dein Volk ein wenig edler und lichter zurücklassen, wenn du betend auf seinen Acker guten Samen säest: Reinheit und Treue, Wahrhaftigkeit und Gerechtigkeit, Ehrfurcht und Tapferkeit — Liebe . . .

Die bedeutenden Unterschiede zwischen den Bluthreien der Menschheit zu übersehen, ist Ehrfurchtslosigkeit gegen den Schöpfer und auch ein Mangel an Kenntnis der Wirklichkeit. Die Verschiedenheiten sind sehr groß und sie reichen sehr tief. Die Menschheit ist nicht ein mechanisch zusammengewürfelter Haufen der unzähligen einzelnen, sondern ein Organismus, der sich bluthaft gliedert. Es ist nun einmal ein Unterschied zwischen einem Medlenburger und einem Sizilianer, einem Engländer und einem Neger, und es rächt sich bitter, wenn man ihn mißachtet. Ein falscher Internationalismus, der die Volksgrenzen nicht mehr sieht, ist ein schwerwiegender Irrtum.

Aber man hüte sich, den Proletarier um seiner internationalen Haltung willen allzu rasch zu verurteilen. Gewiß ist solcher Mangel an völkischem Verantwortungsbewußtsein verhängnisvoll, und die mechanisch-materiellistische Grundlage des marxistischen Denkens, die sich darin auswirkt, ist falsch und widergöttlich. Aber man muß doch zuerst einmal zu verstehen suchen, wie es dazu gekommen ist. Im Kriege konnte man doch staunend vor der selbstverständlichen Pflichterfüllung von Menschen stehen, denen ihr Volk wahrhaftig nur kargen Anteil an seinen inneren und äußeren Gütern gegönnt hatte. Der Inhalt der Vorstellung „Vaterland“ ist anders für den, der in edlen Verhältnissen aufgewachsen ist und reichen Anteil an der Schönheit deutschen Landes und den Schätzen deutschen Geisteslebens empfangen hat, als für das Proletarierkind in irgenbeinem dunklen Stadtteil.

Ganz abgesehen davon, daß sich wahrhaftig auch der Mammon international organisiert hat, ist es doch verständlich, daß in der großen sozialen Krise der Gegenwart der Proletarier zunächst einmal die Klasse starker empfindet als sein Volkstum, zumal der Deutsche mit seinem unsicheren Volksbewußtsein, der Proletarier mit seinem geringen geschichtlichen Wissen. Verstehen und bessern hilft mehr als anklagen. Wenn wir dafür sorgen, daß der deutsche Proletarier sich nicht mehr entwurzelt, deklariert, als Mensch minderen Rechts fühlen muß, also nicht mehr Proletarier ist, wird er sein Vaterland lieb gewinnen.

Freilich darf dieser Rost nicht zum Grundfaß erhoben werden. Die Menschheit besteht nur in den mannigfaltigen Volkstümern. Darum kann ich ihr rechten Dienst nur so erweisen, daß ich da, wo Gott mich hingestellt hat, zu allererst meine Pflicht tue: also in meinem Familienstand, in meinem Ehestand, in meinem Berufsstand, in meinem Volkstand. Der Christ weiß, daß er dort der Menschheit dient, wenn er Gott recht dient. Das nimmt seinem Wesen und Wirken alles Kleinliche, alle Philister- und Pharisäerart. Aus größten Gesichtspunkten packt er die erkannte Pflicht, treu im Kleinsten. Es gibt keine Volksglieder, die ihrem Volk größere und tiefere Treue leisteten, als die, denen ihr Volkstum Gabe und Aufgabe aus der Hand des lebendigen Gottes ist.

Zum dritten und zum letzten: Also darf der Christ sein Volkstum weder vergöhen noch verachten, sondern er hat in und an seinem Volke zuerst, und von da aus an den im Evangelium befohlenen überwölkischen Aufgaben dem lebendigen Gott zu dienen — auf seine ewigen Ziele hin.

Ist Volkstum Gabe Gottes und anvertrautes Pfund, so ist es Christenpflicht, darum zu ringen, daß es für die ihm aufgetragene Menschheitsaufgabe brauchbar werde. Ein Volk kann sich nur gesund entwickeln und seine Sendung erfüllen, wenn es im Kreise der Völker frei und in Ehren dasteht. Knechtung und Entwürdigung wirken auf ein Volk ebenso entsetzlich wie auf einen Stand oder einen Einzelmenschen. Darum dürfen wir deutschen Christen nimmermehr an der Entehrung und Versklavung unseres Volkes achtlos vorübergehen. Wenn das uns nicht Scham und Schmerz bedeutet, so taugt unsere Frömmigkeit nichts. Es ist unsere Pflicht, alles daranzusetzen, daß es anders werde. Wir haben im Namen Gottes Gerechtigkeit zu fordern.

Aber diese Forderung würde zur Heuchelei, wenn wir sie nicht vor allem an uns selbst und an unser eigenes Volk richteten. Gewiß auch nach außen. Aber da sind wir jetzt machtlos. Nach innen jedoch können wir handeln. Ein Nationalismus, der sich nicht gegenüber den eigenen Volksgenossen in strengstem, sozialem Verantwortungsbewußtsein, also in entschlossenem Willen zu sozialer Ge-

rechtigkeit, auswirkt, ist Lüge. Es ist die proletarische Gefahr, Neid und lange aufgespeicherter Groll zum Beweggrund des politischen Handelns zu machen („Verhinderte Kapitalisten“), und es ist die bürgerliche Gefahr, vor allem für die Wahrung erblicher oder erworbenener Vorrechte einzutreten, ohne ehrlich nachzuprüfen, ob das heute im Volksganzen und vor Gott bestehen kann. Das ist in beiden Fällen dieselbe seelische Haltung, nur mit umgekehrten Vorzeichen. Man denkt ichsüchtig, unschuldig; man will Rechte, statt nach der Pflicht zu fragen. Dem soll die Gemeinde ein anderes entgegenstellen, mit entschlossenem Willen und opferbereiter Tat. Wahrer Nationalismus ist nicht nationale Jochsucht, sondern der Wille, dem Volke zu dienen, damit es seine Sendung am Ganzen der Menschheit erfüllen kann. Der einzelne ist bereit, sich still im Dienste seines Volkes zu opfern. Wahrer Sozialismus ist nicht Kollektivismus, sondern Leben, Handeln und Kämpfen aus der Erkenntnis, daß nicht das Ganze um des einzelnen willen, sondern der einzelne um des Ganzen willen da ist. Hier liegt die tiefe Einheit der beiden Richtungen, die in ihren ichsüchtigen Entartungen unvereinbare Gegensätze sind, und dieser Einheitspunkt weist auf das Evangelium hin.

Unsere Lage ist bitter ernst. Daß unsere Tributversklavung und manches andere Diktat von Versailles die Not in sehr hohem Maße mitverschuldete, ist unbestreitbar. Aber nicht die einzige und nicht die entscheidende Ursache liegt hier. Wenn wir in geschlossener Front stolz die nationale Armut auf uns genommen und unsere öffentliche Wirtschaft ebenso wie den Privathaushalt danach gerichtet hätten; wenn wir alles daran gesetzt hätten, die Belange des Gesamtvolkes zu vertreten, anstatt unserer kläglichen Parteizerrissenheit zu fröhnen, diesem beschämenden Widereinander kurzschäftiger und verantwortungsloser Ichsüchte; wenn wir aus der Erkenntnis, daß unter allen Umständen das Gesamtwohl über dem Einzelwohl steht, die Tatsachen gezogen hätten; wenn wir der vielbesprochenen Eigengesetzlichkeit des Götzendienstes die Gottesgesetzlichkeit des Gewissens entgegengestellt hätten — dann sähe heute vieles anders aus. Wir müßten dann nicht ratlos zusehen, wie Millionen unserer Brüder und Schwestern durch die Arbeitslosigkeit nicht nur wirtschaftlich, sondern vor allem seelisch zugrunde gerichtet werden — und zu allem übrigen so dem Volksgewissens die immer breitere Einfahrtsstraße gebaut wird. Die Gottlosigkeit unseres Wirtschaftssystems bahnt den „Gottlosen“ den Weg — ein erschütterndes Gericht.

Ob es noch Zeit ist, dieser drohenden Entwicklung zu wehren? Ein hochgebildeter Aristokrat, alles andere eher als Kommunist, sagte mir neulich: „Wenn Europa zugrunde geht, so hat es das reichlich verdient.“ Wenn es auch einen Weg gibt, das Chaos zu vermeiden, so kann es nur der sein, daß wir die Kraft suchen, die eigene Jochsucht und die der Stände und Klassen zu bändigen. Völkische Willensgestaltung tut uns not, aber dieser Wille wird nur dann heilvoll werden, wenn die Ehrfurcht vor dem heiligen Gott ihn bestimmt und durchseelt. Lebt die Propheten des Alten Bundes.

Unzweifelhaft liegt hier eine Aufgabe und Verantwortung der Kirchen und damit der Christen. Wir dürfen uns freilich keinen Selbsttäuschungen über das Erreichbare hingeben. Ob es noch Zeit ist? Wir kennen Gottes Uhr nicht. Schon manchmal hat die Christenheit beim Ansturm des Antichristentums gemeint, der Zeiger gehe auf Mitternacht. Aber es ist diesmal doch etwas Besonderes um den Sturm vom Osten her. Er geht nicht gegen die Kirche oder das Christentum, sondern gegen alle ewigen Bindungen, also aufs allerletzte. Und er braust bereits durch alle fünf Erdteile. Trotzdem wissen wir nicht, ob die verheißene „große Trübsal“ naht. Das geht uns auch nichts an. Wir haben uns nicht den Kopf des himmlischen Feldherrn zu zerbrechen, sondern wir haben Ihm zu gehorchen. Darum haben wir unsere Verantwortung zu erkennen und unsere Pflicht zu tun. Es könnte wohl sein, daß der heilige Gott, der einen Nebukadnezar, einen Attila und andere als Geißeln über den Völkern geschwungen hat, Moskau über Wittenberg und auch über Rom kommen lassen könnte, um eine laue, faule Christenheit zu zerfetzen und anderen deren Sendung zu geben. Sein Reich bleibt und Seine Gemeinde ist unüberwindbar — aber Deutschland, unser geliebtes Deutschland! . . .

Gewiß wird uns deutschen Christen der ökumenische Dienst bitter schwer gemacht, solange die wahnwitzige, von Furcht und Haß bestimmte Politik der Siegerstaaten uns so grausam mißhandelt. Es wäre bestimmt nicht im Sinne unseres Herrn, wenn wir überwölkische Gemeinschaft auf Kosten der Wahrhaftigkeit pflügten. Aber im ökumenischen Dienst geht es nicht um die Politik der Völker, so stark auch seine mittelbaren Wirkungen auf diese sein können und sollen, sondern es geht um Erfüllung der vom Evangelium, von dem Reiche Gottes gestellten Pflicht, es geht um den Gehorsam, den wir dem Herrn schulden, es geht um seine Kirche! Nicht Annäherung der Völker, nicht dilettantische Eingriffe in die Politik der Staaten, nicht Weltverbesserungspläne sind der Sinn der ökumenischen Arbeit, sondern das ist ihr Sinn, daß die Kirchen und die Christen endlich aus ihren Abkapitelungen herauskommen; daß sie ein dem Geiste Christi mehr entsprechendes Verhältnis zueinander finden; daß sie sich gegenseitig durch die Sondergaben befruchten und ergänzen; daß sie bessere Zurüstung suchen für ihren Dienst im eigenen Lande und auch an den großen überwölkischen Nöten, die auf der Menschheit lasten; daß sie weit in der Welt die Gewissen wecken; daß sie zwar nicht organisatorischen Zusammenschluß, aber brüderliche Gemeinschaft im heiligen Geiste erleben und erarbeiten — „auf daß sie alle eins seien . . .“ Daß von hier auch Wirkungen auf die große Politik ausgehen, ist selbstverständlich. Man kann nicht etwa über die kirchlichen und schulischen Nöte völkischer Minderheiten oder über den

Klassenkampf oder über die Gottlosenpropaganda oder über die Bedienung des sozialen Gewissens und viele andere Dinge reden, ohne die Politik zu berühren. Und wenn die Kirchen ihren ganzen Einfluß, vor allem in ihrer erzieherischen Arbeit, im Sinne so gewonnener Bekenntnisse einsetzen, so würde die politische Wirkung sehr stark sein. Ganz abgesehen davon, daß ökumenische Tagungen und Bemühungen eine Fülle von Gelegenheiten geben, an der Behebung von Irrtum und Unwissenheit, an der Stärkung guten Willens und an der Entgiftung der Atmosphäre mitzuarbeiten. Aber die ökumenische Aufgabe ist nicht die Erreichung politischer Ziele, und der Wert solchen Dienstes ist nicht an äußeren Erfolgen zu messen, sondern ökumenischer Dienst ist Gehorsam, Betätigung des Glaubens, der Liebe und der Hoffnung — Gebet, das Tat wird.

Es ist Verwirrung zweier wesensverschiedener Dinge, wenn man aus unserem politischen Elend die Pflicht herleiten will, von der ökumenischen Arbeit fernzubleiben. Von diesem Standpunkt aus hätte der Klassenkampferische Proletarier recht, wenn er den Vertretern der Bürgerlichkeit die christliche Gemeinschaft weigert; hätte der Kolonialeingeborene recht, wenn er sie den weißen Missionaren verweigert; hätte aber Paulus mitfamt der Urmgemeinde ein schweres Unrecht begangen, als er Gemeinschaft hatte mit Römern, während Rom sein Vaterland besetzt hielt, brandschatzte und schändete.

Wir sollten recht oft mit Joh. 17 ins Kämmerlein gehen*).

Gewiß sind politische Aufgaben von größtem Gewicht anzupacken und ihrer Lösung näherzubringen, und auch das ist Gottesdienst, wenn man in Sachlichkeit und Treue daran geht.

Die Bibel ist freilich weder ein politisches noch ein wirtschaftliches Rezeptbuch, aber sie bietet uns dennoch für das politische und alles andere Handeln das Entscheidende: sie sagt uns, was recht und was unrecht ist, sie will in uns die Gesinnung wecken, aus der heraus politisches und wirtschaftliches Handeln wirklich Dienst wird, und in alledem gibt sie uns die Maßstäbe, politische und wirtschaftliche Systeme recht zu werten. So wenig wir die Richtlinien weltlich politischen Handelns auf die Gemeinde übertragen dürfen (Matth. 20, 25 f.), ebenso wenig läßt sich Politik mit der Bergpredigt treiben. Sie setzt voraus, was in der Welt als solcher nun einmal nicht ist — das, was so wundervoll in den Seligpreisungen gezeigt wird. Der Welt gilt das Gesetz, und die Christen haben alles daranzusetzen, daß Gottes Gesetz in der Welt, also zunächst in ihrem Volke, wirksam werde, daß also Richtlinien alles politischen Handelns die Gerechtigkeit sei.

Die Kirche hat nicht Staatspolitik zu treiben (wenn sie auch leider in ihrer weltlich-rechtlichen Reiblichkeit kirchenpolitischen Handelns nicht entraten kann). Aber sie hat die Pflicht, mit prophetischem Worte den Politikern das Gesetz Gottes zu künden und so allem entgegenzutreten, das wider Gott und wider den Bruder geht. Sie hat zum anderen die Pflicht, in ihren Gemeinden die Gesinnung zu wecken und zu erziehen, aus der allein rechtes politisches Handeln geboren werden kann.

Gerechtigkeit wird aber nur insoweit in einem Volke wirksam werden, als in diesem das sehr viel Stärkere am Werke ist: die Liebe, die sich still opfert. Das Licht muß hell leuchten, um die Nacht aus den Winkeln zu vertreiben. Dazu aber steht die Gemeinde Christi in der Welt, daß solche Liebe da sei.

Weil der Christ zweier Welten Bürger ist, muß seine Seele schwerste Spannungen ertragen. In ihr kämpfen Licht und Finsternis; zwei Weltzeitalter prallen in ihr gegeneinander. Das gilt nicht etwa nur bei der meist viel zu vereinzelt behandelten Kriegsfrage. Aber gerade darin liegt etwas von dem Adel der Christen. Sie dürfen in solcher Not Weg Gottes in die Welt hinein werden. Durch ihr stellvertretendes Leiden werden heilende Kräfte ausgelöst. Helfende Gedanken und Taten werden so geboren, vor allem das hilflose alle Tuns: das Schreien aus der Gesamtnot und Schuld zum Herzen Gottes, der heilige Dienst wahrhaft priesterlicher Fürbitte . . .

Niemand hat größere Liebe für sein Volk, als der sein Leben dem lebendigen Gott heiligt. Der nimmt sein Volk erst ganz ernst, der Gott ganz ernst nimmt. Unser Volk gleicht einem alten verwitterten Eichbaum, an dem der Sturm manchen Ast zerbrochen hat, den arge Schmaröcher umwuchern, die ihm das Mark ausaugen. Ist er zum Untergang reif, oder kann in ihm noch einmal neues Leben aufsteigen? Das hängt davon ab, ob er noch Wurzeln hat, die gesund sind, so daß sie aus dem mütterlichen Erdreich die aufbauenden Kräfte empfangen, um sie in das Ganze hineinzuleben. Wo sind die Wurzeln unseres deutschen Volkes? Sie sind da und nur da, wo Menschen ganz ernst in Gott hinein glauben und ganz treu in das deutsche Volk hinein lieben. Das aber heißt, daß sie auch in ihrem völkischen Dienst Gott die Treue halten und Ihn über alle Dinge fürchten, lieben und vertrauen.

*) Ueberaus leid ist mir darum die (unter „Allerlei“ abgedruckte) Erklärung der Professoren D. Althaus und D. Girsh, um so mehr als diesen Männern sonst hohe Ehrerbietung gebührt. Aber hier sind zwei wesensfremde Dinge vermischt, und die Politik hat die evangelischen Gesichtspunkte schwer überschattet. So kann die Erklärung nur die Gewissen verwirren. Dazu fallen sie so schroffe Urteile über Christen, die ihrem Gewissen folgen, wie sie m. E. nicht verantwortet werden können. Das ist sehr, sehr traurig.

Schriftleitung: W. Kraa, Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Guttel, Anzeigen: R. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld, Schleifbach 28. Für Geldsendungen Postfachkonto: Hannover 67377, „Aufwärts“, Christliches Tagesblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Als wir
Hooveraktion
Optimismus
uns eines
nahme des
Bierzehn
sprengt. Ge
lockerung
Frankreich,
die „geheili
nitäten hä
bestehenden
erbärmlicher
Minen gege
radegu kin
ministers, „
Ozean und
abguschnid
französisch
Zornie her
zur Stabilit
erbetelt ha
ren Lage g
reichste Lan
beitslosigke
flusses, Fra
mit der Wi
den Europä
gen Aufschl
gesaugten
wälzte —
Ministerprä
Bettelsdolk
der deutsch
funkrede e
konferenz

Wir ha
deutsch-fran
Wir halten
zehn Tage
allzu lehrre
Frieden un
mit andere
Kriegsschul
dieses sein
rikanischen
durchzubrü
scher Versto
Scherbenha
fistisches O

Und über
Es scheiner
Hooverplan
Wir müsse
deutscher
saramerika
tallen war
Nichts in d
len Schritt
stehenden
schen Motiv
Das erste
liadengesch
reultat de
darf hierbe
der franzö
ein neues,
wie üblich
Hoover die
Frankreich
Deutschland
„Feierjahr
Hiermit h
Hoovers A
herein die
geschützten
Kredites z
zu erfüllen
werden mu
denkliche
international
sind zur
neue Ausst